

No. **82** 2010

Thomas HEBERER, Anja-Désirée SENZ (Hg.)

**Task Force: Chinas Rolle in den
internationalen Beziehungen –
globale Herausforderungen
und die chinesische Außenpolitik**



Title:

Task Force: China's Role in International Relations – Global Challenges and Chinese Foreign Policy

Editors:

Thomas Heberer, Anja-Désirée Senz

Authors:

Jennifer Adler, Sandra Altenkamp, Saskia Anders, Christina Burmeister, Depesh Chackalamuriyil, Hülya Dagli, Mara Drochner, Anganeta Dyck, Mareike Eberz, Morteza Emami, Andreas Fanash, Rabea Frieburg, Yulia Glagoleva, Holger Harms, Alexandra Kessler, Anja Kopyra, Michelle Lorenz, Elvis Melia, Jing Lin, Thorsten Neyer, Susanne Nill, Neda Noraie-Kia, Robin Pass, Jan Richter

Series:

Duisburg Working Papers on East Asian Studies / Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften
No. 82/2010

Printed version: ISSN 1865-8571

Internet version: ISSN 1865-858X

Abstract:

Since the 1980s Chinese foreign policy and international relations have been changed remarkably. Many different actors influence China's foreign relations. What is more, parallel to the economic success story, China's relevance in international relations increased considerably. It seems obvious that in various global challenges like climate change, financial crises or international conflicts, cooperation with China is needed in order to achieve results. The paper takes up several actual issues of international concern and presents China's international involvement and relevance with the view to contribute to an assessment of China's international behaviour.

Zusammenfassung:

Chinas Außenpolitik und internationale Beziehungen haben sich seit den 1980er Jahren stark verändert. Eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure nimmt inzwischen Einfluss auf die Gestaltung der chinesischen Außenbeziehungen. Außerdem ist parallel zur erfolgreichen ökonomischen Entwicklung auch Chinas internationale Relevanz in vielen Handlungsfeldern gestiegen, denn viele globale Fragen – Klimawandel, Finanzkrisen oder internationale Konflikte – sind ohne eine Zusammenarbeit mit China nicht mehr zu lösen. Die vorliegende Studie greift einige aktuelle Themenfelder auf und zeigt daran Chinas internationale Beteiligung und Bedeutung, um einen Beitrag dazu zu leisten, Chinas internationales Verhalten besser beurteilen zu können.

Keywords:

Chinese foreign policy, foreign relations, international norms, intellectual property rights, UNO, peace-keeping, negotiations on climate change, financial crisis, Shanghai Cooperation Organisation (SCO), Xinjiang

Schlagwörter:

Chinesische Außenpolitik, chinesische Außenbeziehungen, internationale Normen, Schutz geistigen Eigentums, Vereinte Nationen, Peacekeeping, Klimaverhandlungen, Finanzkrise, Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), Xinjiang

Procurement / Bezug:

You may download this paper as a PDF document under /
Als Download ist das Papier zu beziehen als PDF-Dokument unter:

<http://www.in-east.de/> → Publications → Green Series

Libraries, and in exceptional cases individuals, may order hard copies of the paper free of charge at /
Bibliotheken, und in Ausnahmefällen auch Privatpersonen, können das gedruckte Papier kostenfrei bestellen bei der

Universität Duisburg-Essen
Institut für Ostasienwissenschaften, Koordinationsstelle
Forsthausweg
47057 Duisburg

Institut für Ostasienwissenschaften / Institute of East Asian Studies

Universität Duisburg-Essen
Campus Duisburg
Forsthausweg

47057 Duisburg, Germany

Tel.: +49 203 379-4191

Fax: +49 203 379-4157

E-mail: in-east@uni-due.de

ISSN 1865-8571 (Printed version)

ISSN 1865-858X (Internet version)

© by the authors

April 2010

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: China-Expertise für Berlin – Studierende beraten die Heinrich-Böll-Stiftung	7
<i>Thomas Heberer und Anja-D. Senz</i>	
(I) Akteure in der sich wandelnden chinesischen Außenpolitik	9
<i>Sandra Altenkamp, Alexandra Kessler, Jing Lin, Thorsten Neyer, Susanne Nill</i>	
1 Einleitung	9
2 Akteure	10
2.1 Regierung und Kommunistische Partei	10
2.2 Provinzen	10
2.3 Militär	11
2.4 Zivilgesellschaft	12
2.5 Think Tanks	12
2.6 Unternehmen	13
3 Fragmentierung	14
4 Fazit	14
Literatur	15
(II) Einhaltung internationaler Normen durch China? Das Beispiel des Schutzes geistigen Eigentums	17
<i>Jennifer Adler, Rabea Frieburg, Michelle Lorenz, Jan Richter</i>	
1 Einleitung	17
2 Geschichte des geistigen Eigentums in China	17
3 Institutionen zum Schutz des geistigen Eigentums	18
4 Branchenspezifische Unterschiede	20
5 EU-China-Projekt	21
6 Das Drei-Phasen-Modell	21
7 Fazit	22
Literatur	22
(III) Chinas Beitrag zu den Vereinten Nationen am Beispiel des Peacekeeping	25
<i>Andreas Fanash, Morteza Emami, Depesh Chackalamuriyi</i>	
1 Einleitung	25
2 Chinas Beitrag zum Peacekeeping	26
a) Die 1990er Jahre	26
b) Ost-Timor als Wendepunkt	27
c) Normanpassung durch Normgestaltung?	28
3 Fazit	30
Literatur	30

(IV) Chinas Haltung zur Klimapolitik und in den internationalen Klimaverhandlungen	33
<i>Saskia Anders, Christina Burmeister, Holger Harms, Neda Noraie-Kia</i>	
1 Einleitung	33
2 Nationale und internationale Einflussfaktoren chinesischer Klimapolitik	33
3 Grundlegende Prinzipien in den Klimaverhandlungen	34
4 Konkrete Forderungen Chinas bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen	35
5 Einordnung der chinesischen Position zur globalen Klimapolitik	36
6 Anknüpfungspunkte	37
Literatur	39
(V) Chinas Rolle im internationalen Finanzsystem – Auswirkungen der Finanzkrise	41
<i>Mara Drochner, Mareike Eberz, Yulia Glagoleva, Anja Kopyra</i>	
1 Einleitung	41
2 Chinas Antwort auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise	42
3 Chinas Rolle als Agenda-Setter in der G20	44
4 Einordnung des Verhaltens Chinas in der Krise	45
5 Ist China bei der Reform des internationalen Finanzsystems ein Partner für Deutschland?	46
Literatur	47
(VI) Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit im Kontext chinesischer Sicherheitspolitik	51
<i>Hülya Dagli, Anganeta Dyck, Elvis Melia, Robin Pass</i>	
1 Einleitung	51
2 Entstehung und Agenda der SOZ	51
3 Herausforderungen der SOZ in Zentralasien	52
4 China in der SOZ	54
5 Gemeinsame Interessen und Kooperationsmöglichkeiten	55
Literatur	56
Abkürzungsverzeichnis	59

Einleitung:

China-Expertise für Berlin – Studierende beraten die Heinrich-Böll-Stiftung

Chinas Außenpolitik und Außenbeziehungen haben sich seit den 1980er Jahren stark verändert. Eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure wie Ministerien oder Provinzen, aber auch Unternehmen, Nicht-regierungsorganisationen oder die öffentliche Meinung nehmen Einfluss auf die Gestaltung der chinesischen Außenbeziehungen. Parallel zur eigenen erfolgreichen ökonomischen Entwicklung ist außerdem Chinas internationale Beteiligung und Bedeutung in vielen Handlungsfeldern gestiegen. Globale Fragen wie Klimawandel, Finanzkrisen oder internationale Konflikte sind ohne Zusammenarbeit mit China mittlerweile nicht mehr zu lösen. Doch sind Rolle und Verhalten eines sich wandelnden internationalen Akteurs vom Formate Chinas schwierig zu beurteilen: Inwiefern ist China bereit, international Verantwortung zu übernehmen? Inwieweit akzeptiert China internationale Normen und Standards? Wo nutzt es möglicherweise seinen Einfluss, um internationale Spielregeln zu verändern, und mit welcher Zielsetzung?

Viele Institutionen, so auch die politischen Stiftungen in Deutschland, haben ihre Zusammenarbeit mit China deutlich ausgeweitet und sind vor dem Hintergrund der angesprochenen Fragen an einer Beratung durch das größte gegenwartsbezogene Ostasieninstitut Deutschlands (IN-EAST) und das im Jahr 2009 an der Universität Duisburg-Essen gegründete Konfuzius-Institut Metropole Ruhr interessiert. In den Genuss, im Rahmen eines „Task-Force-Seminars“ für die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin aktiv zu werden, kamen im WS 2009/2010 24 Studierende der Universität Duisburg-Essen. Die angehenden Ostasienwissenschaftler und Masterstudenten im Fach „Internationale Beziehungen/Entwicklungspolitik“ erläuterten Ende Januar in der Berliner Zentrale der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) ihre Untersuchungsergebnisse und gaben konkrete Handlungsempfehlungen für die künftige Zusammenarbeit mit China in Bereichen wie Schutz des geistigen Eigentums, Klimapolitik, UN-Friedensmissionen oder globale Finanzpolitik.

Diese anspruchsvolle studentische Beratungsarbeit hat in den Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen Tradition. Bereits seit 1999 erarbeiten Studierende in so genannten „Task-Force-Seminaren“ unter Anleitung von Dozenten und Dozentinnen hochwertige Gutachten für externe Partner aus Politik und Wirtschaft und präsentieren ihre Ergebnisse einem Fachpublikum. Auf diese Weise sollen die Studierenden Politikberatung einüben. Sie können lernen, ein komplexes Thema problem- und lösungsorientiert zu bearbeiten, in knapper aber gehaltvoller Weise ihre Ergebnisse einer außeruniversitären Öffentlichkeit vorzutragen und schließlich in einer schriftlichen Form übersichtlich zusammenzufassen. Solche Seminare sind erheblich arbeitsintensiver als herkömmliche Seminare, bieten zugleich aber einen hohen Praxisbezug. Für die Studierenden beinhalten sie die Herausforderung, eigene Arbeitsergebnisse von Experten aus der Praxis testen zu lassen, und bieten zugleich die Chance, in das politische Tagesgeschäft hineinzuschauen und Anregungen zu geben.

Die vorliegende Schrift, mit der die HBS die Ergebnisse der Ausarbeitungen nun in schriftlicher Form erhält, ist Ergebnis eines ganzen Semesters intensiver Arbeit. Zu Beginn diskutierten VertreterInnen der HBS mit den Studierenden die Themen, an deren Ausarbeitung auf Seiten der HBS Interesse bestand. Es kristallisierten sich so die nachfolgenden sechs Themenfelder heraus: Akteure in der sich wandelnden chinesischen Außenpolitik; Verstoß oder Einhaltung internationaler Normen durch China am Beispiel des Schutzes geistigen Eigentums; Chinas Beitrag zu den Vereinten Nationen am Beispiel des Peacekeeping; Chinas Haltung zur Klimapolitik und in den internationalen Klimaverhandlungen; Chinas Rolle im internationalen Finanzsystem und die Auswirkungen der Finanzkrise sowie die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit im Kontext chinesischer Sicherheitspolitik. Unter Anleitung der Ostasienwissenschaftler Prof. Dr. Thomas Heberer (Lehrstuhl für Politik Ostasiens) und Anja Senz (Geschäftsführerin des Konfuzius-Instituts) wurden die Konzepte zu den genannten Themen erarbeitet. In themenbezogenen Arbeitsgruppen erarbeiteten die Studierenden im Verlauf des Semesters dann jeweils einen kurzen Vortrag für die abschließende Präsentation und Diskussion in Berlin. Hierzu führten sie Expertenbefragungen durch, sondierten die Literatur in westlichen Sprachen sowie in Chinesisch. Mit großem Elan recherchierten sie auch im Internet und bearbeiteten Berge von Quellen. Die Kombination von Studierenden des MA-Studiengangs Internationale Beziehungen/Entwicklungspolitik und des Diplom-

studiengangs Ostasienwissenschaften wirkte sich dabei sehr positiv auf die Ausarbeitungen aus, weil Kompetenz in Regionalfragen und internationale Fachexpertise zusammengeführt wurden.

An der abschließenden Präsentation in Berlin nahmen u.a. Bundestagsabgeordnete und Vertreter verschiedener Beratungsinstitute wie der Stiftung Wissenschaft und Politik oder der Gesellschaft für Auswärtige Politik teil. Die Möglichkeit, ihre Expertisen mit hochkarätigem Fachpublikum aus der praxisnahen internationalen Zusammenarbeit zu diskutieren, stellte für die Studierenden eine beträchtliche Motivation dar. Auf Basis der Diskussionsergebnisse formulierten sie dann eine schriftliche Fassung, die dem Kooperationspartner sowie weiteren interessierten Institutionen in gedruckter Form zur Verfügung gestellt werden können.

Das vorliegende Heft greift wichtige aktuelle Themenfelder auf und zeigt exemplarisch Chinas internationale Beteiligung und Bedeutung, um einen Beitrag dazu zu leisten, Chinas internationales Verhalten besser beurteilen zu können. Die enthaltenen Einzelausarbeitungen der studentischen Gruppen wurden als „Gutachten“ bewusst kurz gehalten, weil sie weniger akademische Detailliertheit als politikrelevantes Know-how in prägnanter Form vermitteln und zur kritischen Auseinandersetzung mit den bearbeiteten Themen einladen sollen. Zu berücksichtigen ist, dass es sich um Beiträge von fortgeschrittenen Studierenden handelt. Eine gewisse inhaltliche Begrenzung mag von daher gegeben sein, auch wenn sich alle Mitwirkenden um ein möglichst hohes Niveau bemüht haben. Da es sich außerdem zum Teil um neue bzw. sehr aktuelle Fragestellungen handelt, war die vorhandene wissenschaftliche Literatur sowie die zur Verfügung stehende Informations- und Datenlage begrenzt.

Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle Julia Scherf, der Leiterin des Asien-Referats der HBS, Jan-Patrick Schnell vom Asien-Referat und Christina Sadeler von der China-Abteilung der HBS, ohne deren tatkräftige Unterstützung dieses Vorhaben nicht möglich gewesen wäre.

Duisburg, im April 2010

Thomas Heberer und Anja-D. Senz

(I) Akteure in der sich wandelnden chinesischen Außenpolitik

Sandra Altenkamp, Alexandra Kessler, Jing Lin, Thorsten Neyer, Susanne Nill

Executive Summary

The perception of China's foreign policy is mainly influenced by the criterion that the official decision-making process is exclusively defined by the Chinese Communist Party. This chapter will argue that China's appearance as a monolithic actor is no longer justifiable due to domestic reforms and interdependencies in the global system. China's foreign policy is characterized by a multitude of heterogeneous stakeholders and divergent interests. In addition to the Chinese government there are a number of considerable actors, namely provinces, the military, civil society, think tanks and companies. The fragmentation of the decision making process in foreign policy can be classified with regard to regional and structural aspects as well as its respective contents. Moreover this alteration also leads to an inconsistent appearance of China in the international community.

1 Einleitung

Zentral für die Analyse der Außenpolitik eines Landes ist es, zu verstehen, welche Akteure an der Gestaltung dieser Prozesse beteiligt sind und welche Interessen sie verfolgen. Im Fall von China wird gemeinhin angenommen, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) in dem Einparteienstaat auch die Außenpolitik eigenverantwortlich bestimmt. Dieses Kapitel stellt exemplarisch dar, dass neben der KPCh auch andere Akteure an der Formulierung der Außenpolitik beteiligt sind. Dabei ist zu beachten, dass eine Beeinflussung des außenpolitischen Prozesses – z. B. durch Interessenartikulation – nicht auch automatisch eine Veränderung des *Outputs* bedeutet. Nichtsdestotrotz muss die Regierung/KPCh auf die verschiedenen Impulse aus der politischen Umwelt, die als *Inputs* zu verstehen sind, reagieren.

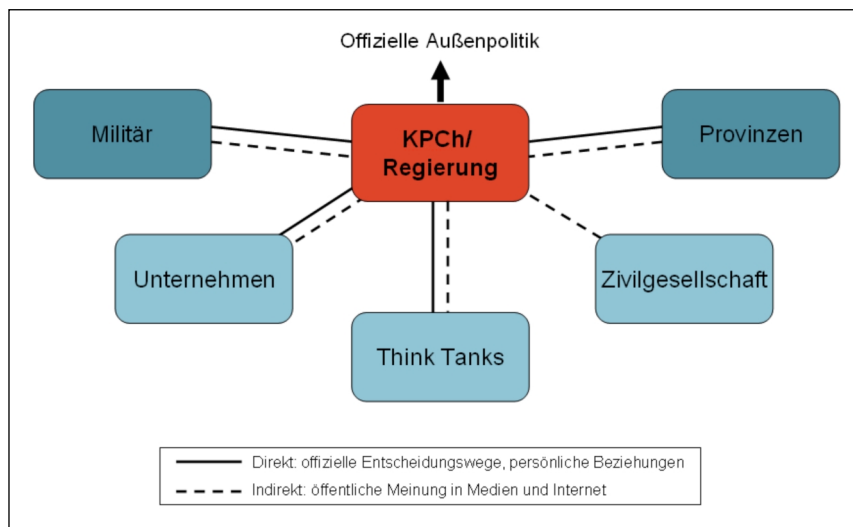
Weiterhin ist es wichtig, zwischen Außenpolitik und Außenbeziehungen zu unterscheiden. Die offizielle Außenpolitik kann nur durch die Regierung vertreten werden, wohingegen Außenbeziehungen auch von sub-nationalen und nicht-staatlichen Akteuren unterhalten werden. Sowohl die Außenpolitik eines Landes als auch die Außenbeziehungen verschiedener Akteure beeinflussen die Außenerscheinung eines Landes und stehen somit auch in einer Wechselbeziehung untereinander.

Die zunehmende Anzahl von Beteiligten am außenpolitischen Prozess in China ist zum einen eine Folge der Reform- und Öffnungspolitik seit den 1980er Jahren, die vor allem durch Dezentralisierung im Inland und Öffnung gegenüber dem Ausland Handlungsspielraum für neue Akteure ermöglicht hat. Zum anderen stellen globale Interdependenzen und Veränderungen im globalisierten System die chinesische Außenpolitik vor neue Herausforderungen. Probleme wie der Klimawandel, internationale Sicherheit, die Wirtschaftskrise oder Veränderungen im weltweiten Machtgefüge verlangen eine Professionalisierung der Akteure und führen auch zu institutionellen Veränderungen bei Regierungsbehörden.¹

Im Folgenden werden einzelne Akteure, welche für die chinesische Außenpolitik besonders relevant sind, vorgestellt sowie ihre Interessen und Einflussmöglichkeiten² aufgezeigt (siehe Abb. 1). Anhand dieser Darstellung wird im Anschluss die Fragmentierung des außenpolitischen Prozesses und einzelner Akteure verdeutlicht.

1 Z. B. die Umstrukturierung des Außenministeriums, Einrichtung des Presseamts des Staatsrates und die auswärtigen Abteilungen in verschiedene Ministerien.

2 Die Beeinflussung des außenpolitischen Prozesses kann direkt (z. B. über offizielle Entscheidungswege) oder indirekt (z. B. über öffentliche Diskurse – Medien/Internet – und Außenbeziehungen) erfolgen.

Abb. 1: Akteure in der chinesischen Außenpolitik

Quelle: Eigene Darstellung.

2 Akteure

2.1 Regierung und Kommunistische Partei

Als wichtigster Akteur in der chinesischen Außenpolitik legt die KPCh die Prinzipien und den Rahmen des Politikfeldes fest. Die konkrete Gestaltung und Durchführung der Außenpolitik wird von der chinesischen Regierung mit ihren verschiedenen Ministerien, Behörden und Abteilungen in den unteren Regierungsebenen übernommen. Durch die personellen Verwebungen zwischen der KPCh und der chinesischen Regierung ist es – aus praktischer Perspektive – sinnvoll, beide als einheitlichen Akteur zu betrachten.³ Diese sind die formellen Entscheidungsträger und bestimmen die offizielle Außenpolitik.⁴

Es ist jedoch anzumerken, dass auch innerhalb der KPCh und der Regierung Konflikte bezüglich der Außenpolitik keine neue Erscheinung sind. Bereits Ende der 1970er Jahre waren unterschiedliche Meinungen zur Öffnungspolitik in Partei und Regierung vorhanden. Diskussionen und Auseinandersetzungen haben die damaligen Entscheidungsprozesse begleitet. Dadurch wird die Fragmentierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses innerhalb der KPCh und der chinesischen Regierung erkennbar.⁵

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor ist die Globalisierung. Die Verschmelzung der Weltwirtschaft und die zunehmende Sicherheits- und Umweltproblematik fördern Kooperation auf der globalen politischen Ebene. Die KPCh und die chinesische Regierung sind aufgrund dessen gezwungen, sich an diese Situation anzupassen. Das steigende Engagement Chinas in regionalen und internationalen Organisationen verdeutlicht diese Tendenz.⁶

2.2 Provinzen

Neben der Regierung, der KPCh und den Ministerien nehmen die staatlichen Vertretungen auf der Provinzebene – die Provinzregierungen – Einfluss auf die Gestaltung des außenpolitischen Prozesses in China. Die Regierungen auf der Provinzebene erhielten durch die im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik durchgeführte Dezentralisierung vor allem in Bereichen der Wirtschaft größere Autonomie, die

3 Zur Personalpolitik der KPCh und der chinesischen Regierung: vgl. Heilmann 2007: 189 f.

4 Die wichtigsten Organe sind unter anderem das Politbüro und die Internationale Abteilung des Zentralkomitees der KPCh. Auf der Regierungsseite spielen der Staatsrat und das Außenministerium die bedeutendste Rolle. Auch die internationalen Abteilungen in verschiedenen Ministerien sind schwerpunktmäßig bei der Gestaltung der Außenpolitik mitverantwortlich, wie z. B. die Sicherheitspolitik des Verteidigungsministeriums und die Außenhandelspolitik des Handelsministeriums (vgl. Ning 2001).

5 Lampton 2001.

6 Ebd.: 24 ff.

sich teilweise auch auf den politischen Bereich ausweitete. Dies führte besonders in den Ostprovinzen zu einem deutlichen wirtschaftlichen Wachstum.⁷

Bei den Möglichkeiten der Einflussnahme auf nationale Politik muss zwischen direkten und indirekten Wegen unterschieden werden. Über den Nationalen Volkskongress, das Zentralkomitee und das Politbüro der KPCh sowie über das *Central Working Meeting on Economy* können die Provinzen direkten Einfluss ausüben, da sie in diesen staatlichen Gremien personell vertreten sind. Im Volkskongress, dem Zentralkomitee und dem Politbüro stellen die Provinzvertreter eine einflussreiche Gruppe dar, deren Größe in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen ist.⁸ Diese Kaderpolitik wirkt sich auf die Entscheidungen der Regierung in Beijing aus, da die Rekrutierung der KPCh häufig über die Provinzorgane erfolgt. Regionale Interessensprägungen werden somit in die Zentralregierung eingespeist und können dort verfolgt werden.⁹

Zusätzlich zu diesen offiziellen Entscheidungswegen können Provinzen auch indirekten Einfluss auf den außenpolitischen Prozess ausüben. Durch eigenständige Außenbeziehungen, die von den Büros für auswärtige Angelegenheiten und den Kommissionen für auswärtigen Handel und wirtschaftliche Kooperation geregelt werden, sind insbesondere die Küstenprovinzen stark in internationale Märkte eingebunden.¹⁰ Dies erhöht einerseits die Wirtschaftskraft der Provinzen und lässt ihre Verhandlungsmacht gegenüber der Regierung hinsichtlich der Außenpolitik wachsen.¹¹ Andererseits kann die Zentralregierung die Vernetzung der Provinzen auch nutzen, um Einfluss auf andere Länder zu nehmen. Dadurch ist sie auf die Provinzen als Partner angewiesen.¹²

2.3 Militär

Die Volksbefreiungsarmee (VBA) befindet sich derzeit in einem Transformationsprozess mit dem Ziel einer erfolgreichen Modernisierung und Professionalisierung.¹³ Infolge dieses Umbruchs haben sich auch die Einflussfaktoren der VBA auf die außenpolitischen Prozesse gewandelt.

Es lässt sich prinzipiell feststellen, dass eine deutliche Interdependenz zwischen militärischer und politischer Führung besteht. Dies wird unter anderem dadurch verdeutlicht, dass alle wesentlichen militärischen Entscheidungen auch in der heutigen Zeit noch immer im Politbüro getroffen werden, während das Verteidigungsministerium „überwiegend protokollarischen Zwecken [dient], um ausländischen Gepflogenheiten personell und strukturell zu entsprechen.“¹⁴ Eine wesentliche Aufgabe des chinesischen Militärs ist es, sowohl die politischen als auch die ökonomischen Interessen der Regierung sicherzustellen. Um diese Ziele zu erreichen, kam es in den letzten Jahren zu einem verstärkten Ausbau von Militärbeziehungen, insbesondere in Afrika.¹⁵ Es ist jedoch festzuhalten, dass es sich hierbei um keine divergierenden Interessen handelt und auch das Militär Nutzen aus diesen Kooperationen ziehen kann. So ist es der VBA beispielsweise möglich, im Zuge von neuen Militärbündnissen und Manövertrainings das eigene Personal zu trainieren, wodurch die Ziele der Professionalisierung und Modernisierung gefördert werden.

Hinsichtlich der genannten Reformversuche lässt sich jedoch feststellen, dass sich das Militär derzeit eher von der Politik distanziert, um die gewünschte Modernisierung effektiv voranzutreiben. Da die VBA zudem nicht als eine monolithische Organisation¹⁶ angesehen werden kann, ist es nur erschwert

7 Vgl. Cabestan 2009: 86 f.

8 Die Küstenprovinzen sind im Vergleich zu den binnenländischen Provinzen stärker in diesen Gremien vertreten (vgl. Chen 2004: 13 ff.).

9 Chen 2005: 12 ff.

10 Cabestan 2009: 86 ff.

11 Die Regierung hat aus wirtschaftlicher Sicht auch großes Interesse am Wirtschaftswachstum der Provinzen. Aber dadurch, dass die Küstenprovinzen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke einen Großteil der finanziellen Ressourcen kontrollieren, die für die Zentralregierung wichtig für die Umsetzung der Außenpolitik sind, steigt auch hier die Möglichkeit, Druck auszuüben (vgl. Chen 2005: 22 f.).

12 Vgl. Chen 2005: 21 ff. und Cabestan 2009: 87.

13 Filipak 2009: 2.

14 Ebd.: 1.

15 Medeiros 2009: 90.

16 Heilmann 2004: 159.

möglich, als einheitlicher Akteur aufzutreten und somit den eigenen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Ein weiteres Indiz für die Distanzierung des Militärs von der Politik könnte die sich ausweitende Imagekampagne der VBA sein. In den letzten Jahren wurde eine stetige Zunahme von Militärliteratur verzeichnet sowie eine sich ausweitende Präsenz im visuellen Medienbereich und in Internetforen.¹⁷ Diese Form von Vermarktung soll zum einen das Image der VBA verbessern, zielt aber auch auf neue Möglichkeiten der Ressourcengewinnung ab, um so nicht gänzlich auf den öffentlichen Haushalt angewiesen zu sein.

Es lässt sich zusammenfassend festhalten, dass sich das chinesische Militär seit den 1990er Jahren in einem Transformationsprozess befindet und versucht, sich unabhängige Kanäle der Mittelbeschaffung zu erschließen. Zum derzeitigen Standpunkt ist es schwierig, den Ausgang dieser Entwicklungen zu beurteilen. Aufgrund der bestehenden Interdependenzen lässt sich vermuten, dass die VBA in ihren Aktivitäten größtenteils konform mit den Interessen der Regierung agieren wird. Aktuell sieht sich das Militär noch immer als „Hüterin nationaler Interessen“ und verfolgt dabei die Prinzipien der KPCh.¹⁸ Sollte es jedoch aus politischer Sicht zu einer verstärkten Trennung zwischen Militär und Partei kommen, so könnte dies dazu führen, dass sich die VBA in Zukunft zu einem wesentlich eigenständigeren Akteur entwickeln könnte.

2.4 Zivilgesellschaft

Bezüglich der Zivilgesellschaft muss einleitend bemerkt werden, dass „[was] den Bezug des im westlichen Kontext entstandenen Konzepts der *Civil Society* auf die VR China anbelangt, [...] es fraglich [erscheint], ob es überhaupt übertragbar ist.“¹⁹ Angewendet auf autoritäre Staaten ist eine inhaltliche Verkürzung des Begriffs festzustellen, und es geht zunächst um die Herausbildung ziviler Strukturen sowie von Möglichkeiten zu politischer Partizipation.²⁰

Das Thema Zivilgesellschaft in China hat vor allem in den letzten fünf bis zehn Jahren an Aufmerksamkeit gewonnen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Ausweitung des Zugriffs und der Nutzung des Internets²¹ und der wachsenden Zahl an Nichtregierungsorganisationen, Vereinen und anderen sozialen Gruppen. Hierbei muss unterschieden werden zwischen offiziell registrierten und inoffiziellen Organisationen.²² Die Vielzahl an Organisationen deutet bereits an, dass die Zivilgesellschaft nicht als ein einzelner homogener Akteur zu behandeln ist, sondern eine recht hohe Fragmentierung aufweist. Diese Fragmentierung bezieht sich insbesondere auf die Einstellung der verschiedenen Gruppen zur Regierung und zu deren politischer Richtung. Es gibt sowohl regierungsfreundliche als auch kritische Stimmen innerhalb der Zivilgesellschaft. Allerdings haben weder zivilgesellschaftliche Organisationen noch mediale Vertreter einen nennenswerten direkten Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen. Es gibt aber, vor allem für politisch Aktive im Internet, die Möglichkeit, auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen und über diesen Weg indirekt auf die Entscheidungsträger einzuwirken. Dabei sind vor allem außenpolitische Themen und Entwicklungen sehr populär und werden viel diskutiert. In Bezug auf zivilgesellschaftliche Organisationen in China ist zu erwähnen, dass sich in Zusammenarbeit mit ausländischen Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen nach und nach ein kooperatives Netzwerk von Außenbeziehungen entwickelt.²³ Insgesamt ist festzuhalten, dass der Einfluss der zivilgesellschaftlichen Akteure noch relativ gering ist, obwohl durchaus positive Entwicklungen zu verzeichnen sind.

2.5 Think Tanks

Hinsichtlich der Rolle von *Think Tanks* und ihrer Bedeutung in der chinesischen Außenpolitik muss zunächst definiert werden, was unter dem Begriff *Think Tank* in China verstanden wird, da sich dieser

17 Flanagan/Marti 2005: 82 ff.

18 Heberer/Senz 2006: 41.

19 Heberer/Sausmikat 2004: 1.

20 Ebd.: 1 f.

21 CNNIC 2009: 1 ff.

22 World Bank 2009.

23 Lehrack 2004.

von dem westlichen Verständnis unterscheidet.²⁴ Die in Europa verbreitete Vorstellung von regierungsunabhängigen Forschungseinrichtungen existiert kaum in dieser Form in China, da die KPCh auch diesen Bereich zu dominieren bzw. kontrollieren versucht.²⁵

In der Literatur werden drei Arten von *Think Tanks*/Forschungsinstituten in China unterschieden: Das chinesische Gesetz definiert, dass nur Regierungsagenturen als offizielle *Think Tanks* bezeichnet werden können. Diese sind direkt einem oder mehreren Ministerien unterstellt. Weiterhin gibt es semi-offizielle *Think Tanks*, deren Leitung von staatlicher Seite benannt wird und deren Arbeit zusätzlich von einem staatlichen Aufsichtsrat kontrolliert wird. Den dritten Typ stellen zivile *Think Tanks* dar. Auch sie sind nicht unabhängig von politischem Einfluss, denn auch hier gibt es einen staatlichen Aufsichtsrat. Allerdings sind die Verbindungen zur Regierung weniger stark ausgeprägt als bei den anderen Typen. Zivile *Think Tanks* werden meist von Universitäten, Unternehmen oder einzelnen Personen geleitet. Bei allen drei Arten ist zu berücksichtigen, dass fast alle *Think Tanks* in China durch Regierungsmittel finanziert werden.²⁶

Aufgrund der Veränderungen im politischen System, der zunehmenden Herausforderungen, denen sich die chinesische Regierung gegenüber sieht, sowie einer signifikanten Zunahme von *Think Tanks* seit den 1980er Jahren gehen viele Autoren von einem zunehmenden Einfluss von *Think Tanks* auf die Politik aus.²⁷ Resultierend aus den häufig engen Verbindungen zur Regierung wird ihnen jedoch unterstellt, eher an politischen Analysen als an wissenschaftlicher Forschung interessiert zu sein.²⁸ Folglich muss der Einfluss auf die Politik vorsichtig bewertet werden, da insbesondere regierungsnahen *Think Tanks* zum Teil eher den Charakter von politischen Assistenten haben, die im Auftrag der KPCh agieren. Trotzdem ist es nicht von der Hand zu weisen, dass durch die persönlichen Kontakte zwischen *Think Tanks* und Politikern Möglichkeiten für eine direkte Einflussnahme bestehen. Hier wird speziell den semi-offiziellen *Think Tanks* eine besondere Bedeutung zugesprochen, weil diese zum einen über die notwendigen Verbindungen zur KPCh verfügen, sich aber zum anderen durch eine größere Unabhängigkeit auszeichnen.²⁹ Auch zivile *Think Tanks* können in erster Linie auf indirektem Weg die Politikformulierung beeinflussen, indem sie ihre Forschungsergebnisse und Ideen in der chinesischen und internationalen Öffentlichkeit präsentieren und somit öffentliche Diskurse mitgestalten.

2.6 Unternehmen

China hat in den letzten Jahren vermehrt an Bedeutung in der Weltwirtschaft gewonnen und weist ein konstantes Wirtschaftswachstum auf, welches selbst in Krisenzeiten relativ stabil ist.³⁰ Wirtschaftliche Akteure in China lassen sich in staatliche, semistaatliche sowie private Unternehmen unterteilen und orientieren sich primär an wirtschaftlichen Zielen, gleichwohl nehmen sie zunehmend auch Einfluss auf den politischen Prozess.

Die staatlichen Unternehmen sind direkt durch persönliche und institutionelle Beziehungen mit den Ministerien verbunden, dementsprechend genau sind die inhaltlichen Abstimmungen zwischen den Unternehmen und der Regierung. Aufgrund der sehr engen Verbindung ist jedoch nicht klar nachweisbar, in welche Richtung eine Beeinflussung vorliegt. Es ist möglich, dass die Unternehmen direkten Einfluss auf die Formulierung der Außenpolitik nehmen, aber auch umgekehrt, dass die Ministerien die Ziele und das Verhalten der Unternehmen bestimmen.³¹ Aus dieser engen Bindung resultierend haben Unternehmen, neben der Gewinnorientierung, nicht nur die Aufgabe, die für China so wichtigen Rohstoffe zu si-

24 Zhu/Xue 2007: 453.

25 Shambaugh (2002) beschreibt die Umgebung von *Think Tanks* als „[...] a system that structurally enforces extreme compartmentalization and redundancy of research and analysis, and impedes horizontal communication.“ (S. 580).

26 Zhu/Xue 2007: 453 f. und Zhu 2009: 337.

27 Glaser/Saunders 2002: 597, Ahmad 2008: 389, Zhu 2009: 335 f., Shambaugh 2002: 581. Ein bekanntes Beispiel für den Einfluss von *Think Tanks* auf die Politikgestaltung ist die Entwicklung des „Peaceful Rise“-Konzepts durch Zheng Bijian (China Reform Forum, Verbindungen zur KPCh) (vgl. Glaser/Medeiros 2007).

28 Cabestan 2009: 85.

29 Zhu/Xue 2007: 454.

30 World Bank 2010.

31 Gill/Reilly 2007: 42 ff.

chern, sondern auch z.B. das Ansehen Chinas und die diplomatischen Beziehungen zu afrikanischen Staaten mit den dafür ausgehandelten Prestige-Projekten³² in der internationalen Gemeinschaft zu verbessern.³³

Chinesische Privatunternehmen haben hingegen keine direkten Einflussmöglichkeiten auf die Außenpolitik und verfolgen primär wirtschaftliche Interessen. Die Mehrheit privater Unternehmen ist derzeit auf dem Markt für Exportgüter tätig. Um eine möglichst hohe Gewinnspanne zu erzielen, sind diese u. a. dazu bereit, in afrikanische Staaten zu investieren, welche beispielsweise durch politische Instabilität geprägt sind oder von westlichen Staaten boykottiert werden. Durch ihre Außenhandelsbeziehungen und ihr Auftreten beeinflussen Unternehmen die Außenwahrnehmung Chinas, dies wirkt auf die Außenpolitik zurück und kann auch Einfluss auf die Formulierung der Außenpolitik ausüben.³⁴

Es lässt sich somit feststellen, dass die Unternehmen in China divergierende Interessen und Ziele verfolgen. Dementsprechend muss zwischen vielfältigen wirtschaftlichen Akteuren in China differenziert werden und bei einer Analyse der chinesischen Außenpolitik sollten diese Einflussmöglichkeiten auf den außenpolitischen Prozess sowie die verschiedenen Interessen berücksichtigt werden.

3 Fragmentierung

Der außenpolitische Prozess in China kann schon allein aufgrund der Vielfalt der beteiligten Akteure, die seit den 1980er Jahren signifikant gestiegen ist, als fragmentiert bezeichnet werden. Wie die Analyse der einzelnen Akteure oben zeigt, sind aber auch die Akteursgruppen in sich nicht homogen. Die Fragmentierung zwischen und innerhalb der Akteure kann entlang verschiedener Linien verlaufen. Im Folgenden werden Aspekte der Fragmentierung vorgestellt, systematisiert nach *regionalen*, *strukturellen* und *inhaltlichen* Dimensionen. Grundsätzlich ließe sich jeder Akteur den verschiedenen Kategorien zuordnen. Anhand von drei Feldern soll hier exemplarisch gezeigt werden, dass sich aus der Fragmentierung der Akteure auch unterschiedliche Interessen ergeben (siehe Tab. 1).

4 Fazit

Aufgrund innenpolitischer Veränderungen und der zunehmenden Einbindung Chinas in die globalisierte Welt haben sich die Akteursstrukturen in der chinesischen Außenpolitik verändert. Der außenpolitische Prozess wird nicht mehr allein durch die KPCh bestimmt, sondern auch durch vielfältig professionalisierte Akteure beeinflusst. Außerhalb der zentralen Regierung haben vor allem Provinzregierungen, das Militär, die Zivilgesellschaft, *Think Tanks* und Unternehmen eine große Bedeutung in der Gestaltung der Außenpolitik. Sie können über direkte und indirekte Wege auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess einwirken. Die Regierung muss hierauf reagieren, das jeweilige Handeln begründen und unter Umständen die jeweilige Position modifizieren.

Das Akteursfeld ist zum einen aufgrund der Vielzahl der Akteure fragmentiert, zum anderen sind auch die Akteursgruppen in sich nicht homogen. Die Fragmentierung kann entlang regionaler, struktureller oder inhaltlicher Linien verlaufen und hat eine unterschiedliche Interessensorientierung zur Folge. Weiterhin konnte die Analyse aufzeigen, dass insbesondere im Fall des Afrikaengagements Chinas keine konsequente Abstimmung von Außenpolitik und Außenbeziehungen vorgenommen wird, was nicht zu einem konsistenten Erscheinungsbild Chinas im Ausland beiträgt. Insgesamt lässt sich auf Basis der Ausführungen festhalten, dass China nicht als ein einheitlicher außenpolitischer Akteur angesehen werden sollte.

32 Z.B. Infrastruktureinrichtungen wie Flughäfen, Straßen, Kraftwerke und Telekommunikation usw.

33 Gill/Reilly 2007: 48.

34 Ebd.: 44 ff.

Tabelle 1: Formen der Fragmentierung

Art der Fragmentierung	Akteur	Beispiel
Regional	Provinzen	Die Provinzen an den Grenzen Chinas, v. a. die Küstenprovinzen, haben ein besonderes Interesse an der chinesischen Außenpolitik. Für sie sind eigenständige Außenbeziehungen – aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung – wichtiger als für Provinzen im Binnenland Chinas. Die Provinzen in den Grenzregionen setzen sich über die oben erläuterten Einflusswege für eine eher liberale Außenpolitik ein. Die Binnen-Provinzen hingegen haben nicht unbedingt ein dezidiertes Eigeninteresse an der chinesischen Außenpolitik. ³⁵ Dieses Beispiel verdeutlicht, dass sich aus der unterschiedlichen regionalen Verortung von Akteuren auch unterschiedliche Interessen hinsichtlich der Außenpolitik ableiten lassen.
Strukturell	Zivilgesellschaft	Für Meinungsäußerungen spielt in China das Internet eine zunehmende Rolle. Die dort geführten Debatten tragen auch zur Bildung der öffentlichen Meinung bei. Besonders anschaulich zeigt sich dies an den Diskussionen um den Territorialkonflikt Chinas mit Japan über die Diaoyu-/Senkaku-Inseln. Deshalb nimmt die chinesische Regierung die Abneigung der nationalistischen Gruppierungen gegenüber Japan durchaus ernst. Dieses Beispiel zeigt, dass Akteure, die sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen wiederfinden, verschiedene Interessen vertreten und auch unterschiedliche Einflusswege nutzen.
Inhaltlich	Unternehmen	Die Afrikapolitik der chinesischen Regierung verfolgt in erster Linie das Ziel der strategischen Rohstoffsicherung, aber auch der Verfestigung des Images als „freundlichen Helfer“. Allerdings sind die Außenhandelsbeziehungen chinesischer Unternehmen in Afrika u. a. auch durch Nichteinhaltung internationaler Menschenrechts- und Arbeitsschutzstandards geprägt. ³⁶ Dieses Auftreten beeinflusst die Außenwahrnehmung Chinas und schadet dem Image. Auf Basis dieser divergierenden Interessen zwischen der offiziellen Außenpolitik und dem Verhalten der Unternehmen verdeutlicht sich beispielhaft eine inhaltliche Fragmentierung.

Literatur

Ahmad, Mahmood (2008): The Role of Chinese Think Tanks in Foreign Policy Making: Growing Influence and Political Limitations, in: *The Dialogue*, 3 (3): 388–406.

Bader, Julia (2008): Innenpolitischer Wandel und seine Auswirkungen auf die Außenpolitik Chinas. Bonn. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Discussion Paper 4.

Cabestan, Jean-Pierre (2009): China's Foreign- and Security-policy Decision-making Processes under Hu Jintao, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 38 (3): 63–97.

Chen, Zhimin (2005): Coastal Provinces and China's Foreign Policy Making, in: Yufan Hao & Lin Su (Hrsg.), *China's Foreign Policy Making: Societal Force and Chinese American Policy*, Aldershot.

Chung, Chien-Peng (2008): China's Approaches to the Institutionalization of Regional Multilateralism, in: *Journal of Contemporary China*, 17 (57): 747–764.

CNNIC (2009): Statistical Report on Internet Development in China. <http://www.cnnic.net.cn/en/index/00/index.htm> (18.12.2009).

Douglass, Patrick (2009): Public Opinion's new Role in Chinese Foreign Policy. Working Paper, Johns Hopkins University.

Filipak, Kai (2009): Das Militär der Volksrepublik China. http://www1.bpb.de/themen/828VZK,0,0,Das_Militar%20der_Volksrepublik_China.html (14.2.2010).

Flanagan, Stephen/Marti, Michael (2003): *The People's Liberation Army and China in Transition*, Washington.

35 Cabestan 2009: 86 ff. und Heberer/Senz 2006: 42.

36 Gill/Reilly 2007: 45 ff.

- Gill, Bates/Reilly, James (2007): The Tenuous Hold of China Inc. in Africa, in: *The Washington Quarterly*, 30 (3): 37–52.
- Glaser, Bonnie S./Medeiros, Evan (2007): The Changing Ecology of Foreign Policy Making in China: The Ascension and Demise of the Theory of “Peaceful Rise” in: *The China Quarterly*, 190: 291–310.
- Glaser, Bonnie S./Saunders, Phillip C. (2002): Chinese Civilian Foreign Policy Research Institutes: Evolving Roles and Increasing Influence, in: *The China Quarterly*, 171: 597–616.
- Heberer, Thomas (2006): China – Entwicklung zur Zivilgesellschaft?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 49: 20–26.
- Heberer, Thomas (2008): China: Creating Civil-Society Structures Top-down?, in: Bruno Jobert/Beate Kohler-Koch (eds.), *Changing Images of Civil Society. From Protest to Governance*, London, New York: 87–104.
- Heberer, Thomas/Göbel, Christian (Hrsg.) (2004): *Task Force – Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in China*. Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, 64.
- Heberer, Thomas/Sausmikat, Nora (2004): Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus? *Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften*, 61.
- Heberer, Thomas/Senz, Anja (2006): *Die Rolle Chinas in der internationalen Politik. Innen- und außenpolitische Entwicklung und Handlungspotenziale*. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Heilmann, Sebastian (2004): *Das politische System der Volksrepublik China*. Wiesbaden.
- Heilmann, Sebastian (2007): Das politische System der VR China: Modernisierung ohne Demokratie?, in: Fischer, D./Lackner, M. (Hrsg.): *Länderbericht China*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: 181–197.
- Lampton, David M. (2001): China’s Foreign and National Security Policy-Making Prozesse: Is It Changing and Does It Matter?, in: Lampton, David M. (ed.): *The making of Chinese foreign and security policy in the era of reform, 1978–2000*. Stanford, Calif.: Stanford University Press.
- Lehrack, Dorit (2004): NGO im heutigen China – Aufgaben, Rolle und Selbstverständnis. *Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften*, 57.
- Medeiros, Evan (2009): *China’s International Behaviour. Activism, Opportunism, and Diversification*, Pittsburgh.
- Ning, Lu (2001): The Central Leadership, Supraministry Coordinating Bodies, State Council Ministries, and Party Departments, in: Lampton David M. (ed.): *The making of Chinese foreign and security policy in the era of reform, 1978–2000*, Stanford, Calif.: 39–60.
- Shambaugh, David (2002): China’s International Relations Think Tanks: Evolving Structure and Process. In: *The China Quarterly*, 171: 575–596.
- World Bank (2009): *The World Bank and Civil Society in China*. <http://go.worldbank.org/RQHD2446I0> (12.11.2009).
- World Bank (2010): *Prospects for the Global Economy*. <http://web.worldbank.org/external/default/main?ontentMDK=21539434&menuPK=612510&theSitePK=612501&pagePK=2904583&piPK=2904598> (25.2.2010).
- Zhu, Xuefeng (2009): The Influence of Think Tanks in the Chinese Policy Process. Different Ways and Mechanisms, in: *Asian Survey*, 49 (2): 333–357.
- Zhu, Xufeng/Xue, Lan (2007): Think Tanks in Transitional China. In: *Public Administration and Development*, 27: 452–464.

(II) Einhaltung internationaler Normen durch China? Das Beispiel des Schutzes geistigen Eigentums

Jennifer Adler, Rabea Frieburg, Michelle Lorenz, Jan Richter

Executive Summary

Infringement of intellectual property rights is one of the most common complaints brought forward by foreign companies doing business in China. In fact, holders of property rights face heavy burdens in the Chinese market, but it would yet be an unbalanced point of view, if one perceived counterfeits in China as a program initiated by the Chinese Government. This article attempts to point out the difficulties stakeholders have to deal with. After a brief historical overview the main institutions responsible for intellectual property rights will be portrayed, constituting the problem of lack in transparency and exchange of information. After that the different types of infringement and their reasons will be presented in detail to show the heterogeneity of the counterfeit phenomenon. Afterwards possibilities for cooperation and concrete action to enhance implementation of laws on local level will be shown. Finally China's development process will be compared to that of nowadays industrialized nations, concluding that the case of China concerning the developments in intellectual property protection is not unique.

1 Einleitung

Der Schutz des geistigen Eigentums ist heute aufgrund des technologischen Fortschritts der Industrienationen aktueller und dringender als jemals zuvor. Westliche Unternehmen fühlen sich besonders von China durch Produktfälschungen bedroht und sehen ihren internationalen Absatzmarkt durch die Volksrepublik gefährdet.

Die Medien in Europa und den USA heizen die Debatten um Verstöße gegen Patente und Warenzeichen weiter an, indem sie das Reich der Mitte als „Drachen, der geistiges Eigentum frisst“ oder Chinesen als „Gelbe Spione“ darstellen¹. Dabei wird oftmals vergessen, welche Fortschritte in den letzten drei Jahrzehnten schon gemacht wurden und wie sich China derzeit wandelt.

Im Folgenden soll ein Einblick in Chinas Schutzmaßnahmen für Produkte herausgearbeitet werden. Dieser Einblick soll deutlich machen, dass die Entwicklung der Volksrepublik China seit Ende der 1970er Jahre nicht ignoriert werden darf. Es hat viele positive Veränderungen im Bereich des geistigen Eigentums gegeben, die darauf schließen lassen, dass in Zukunft stärker gegen Produktfälschungen vorgegangen wird.

Zunächst wird ein knapper Einblick in die Geschichte der letzten 30 Jahre gegeben, der die grundlegenden Veränderungen aufzeigen soll. Da in China verschiedene politische Ebenen dabei relevant sind, werden deren Funktionen nachfolgend herausgearbeitet. Zu diesen Ebenen gehören die internationale, die nationale und die lokale. Des Weiteren muss auch die Unternehmerseite einbezogen werden, da diese zunehmend stärker an der Einhaltung und Durchsetzung ihrer Rechte interessiert ist.

2 Geschichte des geistigen Eigentums in China

Mit der Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978 hat in China auch eine Transformation des geistigen Eigentums begonnen. Geprägt durch die Zeit der Planwirtschaft, hat die Volksrepublik im Vergleich zu anderen Industrienationen erst spät den Versuch unternommen, ein Bewusstsein für den Schutz des geistigen Eigentums zu entwickeln. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen.

Seit Mitte der 1980er Jahre sind konkrete Veränderungen in Bezug auf Warenzeichen, Patente und weitere Schutzmaßnahmen sichtbar.² Mit der Einführung von Patentgesetzen, die im Laufe der letzten Jahr-

1 Z.B. Der Spiegel, Nr. 35, 2007.

2 Kong 2005: 17.

zehnte mehrmals überarbeitet wurden, wird in der Volksrepublik China dem geistigen Eigentum eine rechtliche Grundlage gegeben.

Bis zum Jahre 2001 lassen sich viele Anstrengungen zur Verbesserung der Lage auf die Absicht zurückführen, der Welthandelsorganisation (WTO) beizutreten (siehe Abb. 1). Diese Bemühungen resultieren nicht nur aus Druck von außen, sondern ebenfalls aus dem eigenen Interesse, international erfolgreich agieren zu können.³

Nach dem Beitritt zur WTO 2001 hat die Volksrepublik China die geforderten rechtlichen Rahmenbedingungen weitgehend geschaffen. Für den internationalen Markt und die Mitglieder der WTO bedeutete der Eintritt Chinas schon damals eine große Herausforderung, da abzusehen war, dass die Rolle dieser Volkswirtschaft für den gesamten Weltmarkt bedeutsam werden würde. Die implementierten Regelungen entsprechen den Anforderungen des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (*Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights – TRIPS*).⁴

Seit dem Eintritt in die WTO hat man in China stetig an der Implementierung der Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums gearbeitet. Beispiele für diese Bemühungen lassen sich auch noch in den letzten Jahren finden. So hat man zum Beispiel im Jahre 2004 das Nationale Amt zum Schutz des geistigen Eigentums (*State Office of Intellectual Property Protection – SOIPP*) gegründet, das als Koordinationsstelle für andere Institutionen fungiert.⁵

Außerdem ist die Zentralregierung darauf bedacht, auch Hilfe aus dem Ausland in Anspruch zu nehmen, um Know-how zu importieren. 2007 wurde daher mit der Europäischen Union ein Kooperationsprogramm generiert, das Experten für den Schutz des geistigen Eigentums ausbilden wird.⁶

Für die Zukunft ist zu erwarten, dass weitere Gesetze eingeführt bzw. bestehendes Recht präzisiert und reformiert wird, ebenso wie die bestehenden Institutionen ausgebaut und erweitert werden dürften.⁷

3 Institutionen zum Schutz des geistigen Eigentums

Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums finden sich auf zwei Ebenen. Zum einen auf der administrativen und zum anderen auf der strafrechtlichen Ebene. Zweifellos ist das Zusammenspiel von rechtlicher und exekutiver Ebene bislang nicht ausgereift. Um langfristig den Schutz von geistigem Eigentum in China zu gewährleisten, muss die Informationsverarbeitung zwischen diesen besser ausdifferenziert werden.⁸

Im Hinblick auf den Schutz geistigen Eigentums stechen drei wichtige institutionelle Einrichtungen hervor: Das nationale Patentamt (*State Intellectual Property Office – SIPO*), die staatliche Administration für Industrie und Handel (*State Administration for Industry and Commerce – SAIC*) und die Verwaltungsbehörde für staatliche Presse- und Publikationsadministration (*General Administration of Press and Publication – GAPP*).⁹

Das nationale Patentamt, welches direkt dem Staatsrat unterstellt ist, beschäftigt sich mit Vorprüfungen von Patentanfragen durch eine Prüfungskommission (*Patent Examination Board*), die verantwortlich dafür ist, Patentverletzungen zu ahnden.

SIPO als administrative Stelle überwacht Patente und hat zudem die Möglichkeit, in Fällen von Patentrechtsverletzungen auf diese zu verweisen.

Die staatliche Verwaltungsbehörde für Industrie und Handel ist als solche dafür verantwortlich, auf dem chinesischen Markt Markenrechtsverletzungen zu erkennen und diesen entgegenzuwirken. Bei der Be-

3 Mertha 2005: 3.

4 Torremans et al. 2007: 11.

5 Fuchs et al. 2006: 95.

6 Ebd.: 111 ff.

7 Deutsche Handelskammer in Beijing 2008: 3.

8 Bertelsmann Stiftung 2008: 5.

9 Vgl. Torremans et al. 2007: 87 ff.

Abb. 1: Entwicklungsprozess Patentrecht

Quelle: Eigene Darstellung.

hörde können bei Verdacht auf Markenrechtsverletzung Hinweise eingereicht werden, es kann jedoch kein Schadensersatz gefordert werden, sondern nur eine Unterlassung weiterer Verstöße. Des Weiteren bedient sich SAIC der Möglichkeit, zwischen Parteien zu vermitteln, oder im bestätigten Falle einer Rechtsverletzung die Produkte vom Markt nehmen zu lassen.

Daneben vermittelt SAIC zwischen der lokalen Verwaltung und der Industrie- und Handelskammer (AIC) und gibt entsprechende Leitlinien vor. Die staatliche Presse- und Publikationsadministration behält sich vor, Internetpublikationen sowie gedruckte Veröffentlichungen zum einen zu veröffentlichen, zum anderen zu zensieren. Sie ist ferner autorisiert, ein Publikationsverbot auszusprechen.

Wie bereits oben erwähnt, besteht Nachholbedarf an abgestimmter Koordination zwischen den einzelnen Institutionen. Im Jahre 2004 gründete das Handelsministerium ein Büro, welches als ein Koordinationsorgan fortan zwischen SAIC, GAPP und SIPO vermitteln soll. In allen Provinzen und größeren Städten befinden sich Büros, die die Durchsetzung der Gesetze, die von der Zentralregierung vorgegeben werden, auf lokaler Ebene überwachen. Das staatliche Büro für den Schutz des geistigen Eigentums (SOIPP) organisiert unter anderem Aufklärungskampagnen, macht Analysen zur Marken- und Produktpiraterie und hilft bei Problemen auf lokaler Ebene. Außerdem richtete SOIPP mehrere Service-Center ein, die über eine einheitliche nationale Telefonnummer erreichbar sind und bei der Verstöße gemeldet werden können. Hierdurch soll in erster Linie die Öffentlichkeit sensibilisiert und mobilisiert werden.¹⁰ So informierten z.B. auch TV-Programme (*World IP-Day*) in der Aktionswoche 2007 zum Schutz geistigen Eigentums im staatlichen chinesischen Fernsehen (CCTV, China Central Television).¹¹

Weiterhin gab es eine Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und SOIPP (2005–2010). Innerhalb dieses Projektes lag der Fokus auf der Beratung der verwaltungsrechtlichen Umsetzung von Gesetzen. Dies beinhaltete das Training von Beamten und das Schaffen eines Bewusstseins, Recht einheitlich umzusetzen. Mit Hilfe von anwendungsbezogenen Beispielen werden Inhalte von Rechtsstaatlichkeit vermittelt. So sollen beispielsweise die Gesetze einheitliche Anwendung und Durchsetzung finden. Teilnehmer innerhalb dieses Programmes bekleiden hohe Positionen, die es ihnen ermöglichen, das angeeignete Wissen als Multiplikatoren weiterzugeben.¹²

¹⁰ Quan 2009.

¹¹ EU-China Project on the Protection of Intellectual Property Rights 2008.

¹² Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit 2005.

4 Branchenspezifische Unterschiede

Wenn von der Verletzung der Rechte geistigen Eigentums in China die Rede ist, wird dies häufig undifferenziert und plakativ dargestellt. Umso wichtiger ist es daher, hier genauer hinzuschauen und zumindest zwischen Konsum- und Industriegütermärkten und deren Eigenheiten zu unterscheiden.

Grundsätzlich können drei Arten von Eigentumsrechtsverletzungen unterschieden werden, nämlich die Verletzung von Publikationsrechten, Markenrechten und Patentrechten.¹³

Verstöße gegen Publikationsrechte betreffen neben Veröffentlichungen durch Print- und digitale Medien vor allem die Softwarehersteller. Schätzungen zufolge sind mehr als 90 % der in China verwendeten Computersoftware Produktfälschungen,¹⁴ die allein im Jahre 2000 einen ökonomischen Verlust von 979 Mio. US\$ verursachten. Dies umfasst wohlgermerkt internationale Konzerne wie Microsoft ebenso wie inländische Nischenhersteller. Bei einem solch enormen Anteil von Fälschungen stellt sich die Frage, wie es zu diesen Auswüchsen kommen konnte. Zum einen fehlt ein entsprechendes Unrechtsbewusstsein, welches Raubkopien als illegal brandmarkt. Dies allein ist jedoch kein überzeugendes Argument, da diese Einstellung in entwickelten Ländern wie z.B. Deutschland ebenso vorhanden ist. Allerdings, und das ist der entscheidende Punkt, sind die Kontrollen auf allen Ebenen in Industrieländern wesentlich stärker, und Vergehen werden strafrechtlich verfolgt. Mit anderen Worten „Fälschen lohnt sich in China“, da zum einen mit geringem technischen Aufwand ein hoher Profit erzielt werden kann, was zum anderen selten negative Konsequenzen nach sich zieht. Die Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums haben keine abschreckende Wirkung. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es statt Mindest- nur Höchststrafen gibt und eine strafrechtliche Verfolgung in weniger als 1 % (Relation: 1 : 400 – einer von 400 gemeldeten Fällen wird strafrechtlich verfolgt) der Fälle stattfindet.¹⁵

Markenrechtsverletzungen machen ca. 80 % aller Fälle aus.¹⁶ Ebenso wie Verstöße gegen Publikationsrechte treten diese vor allem in Konsumgütermärkten auf. Zu nennen sind hier Fälschungen im Bereich von Kosmetik- und Hygieneartikeln, Genussmitteln wie Zigaretten oder Spirituosen und Bekleidungs-, Sport- und Modemarken. Die häufigen Verstöße sind ebenso wie im obigen Bereich auf einen relativ geringen technischen Aufwand zurückzuführen.

Des Weiteren ist zu erkennen, dass eine effektive Bekämpfung nicht am Markt selbst stattfinden kann. Selbst wenn man die gefälschten Waren direkt vor Ort konfisziert oder gar den Standort (sowohl Produktions- als auch Absatzort) schließt, tauchen an anderer Stelle neue Händler auf. Die Aufgabe besteht darin, die Hintermänner aufzudecken, deren Produktionsmittel funktionsunfähig zu machen und die Vergehen strafrechtlich zu verfolgen. Dies kann aber nur in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden durchgesetzt werden. Voraussetzung dafür ist aber, dass diese auch tatsächlich an einer Aufklärung interessiert sind. Häufig profitieren die lokalen Funktionäre allerdings von der „Fälschungsindustrie“ und würden sich mit einer Durchsetzung der Eigentumsrechte ihre eigene Einkommensquelle zerstören und sich gleichzeitig ihren Aufstieg in der Nomenklatura verbauen, welcher von wirtschaftlichem Aufschwung und sozialer Stabilität in der Region, für die Verantwortung getragen wird, abhängig ist.¹⁷ Zur Durchsetzung des Rechts gehört auch, die Konsumenten über die Bedeutung von Marken als Garant von Qualitätsmindeststandards aufzuklären, um sie zu mündigen Konsumenten zu machen und Piraterie zu bekämpfen.

Patentrechtsverletzungen treten vornehmlich in Industriegütermärkten auf und haben an der Gesamtzahl der Verstöße einen eher geringen Anteil.¹⁸ Dies liegt in der Natur der Sache, da es ungleich schwieriger ist, komplexe Produktionsverfahren zu imitieren oder technisch anspruchsvolle Maschinen nachzubauen als einfache Konsumgüter wie beispielsweise Textilien oder Softwaredatenträger zu kopieren – egal ob legal erworben oder widerrechtlich angeeignet. Bei der Industriegüterproduktion ist ein Transfer von

13 Torremans et al. 2007: 87 ff.

14 Kong 2005: 125.

15 Torremans et al. 2007: 113.

16 Ebd.: 88.

17 Torremans et al. 2007: 99.

18 Ebd.: 88.

Know-how nötig. Vor allem im Bereich des Maschinenbaus ist dies eine unabdingbare Voraussetzung, da hier nur selten Massenproduktion möglich ist. Vielmehr handelt es sich um Spezialaufträge, welche konkret auf die Ansprüche des Kunden ausgerichtet sind. Selbst wenn man ein geschütztes Patent widerrechtlich anwendet, bedeutet dies noch nicht, dass man damit auch das gleiche Produkt erzeugen und sich somit im Wettbewerb durchsetzen kann. Dies ist eher möglich, wenn man den Entwicklungsprozess selbst durchgemacht und aus den dabei auftretenden Fehlern gelernt hat. Weiterhin ist eine gewisse Grundausstattung an Kapital notwendig, und zudem ist der Markt bei weitem nicht so anonym wie in anderen Branchen, da es sich fast ausschließlich um Geschäfte zwischen Unternehmen handelt. Diese benötigen die erworbenen Maschinen zur weiteren Leistungserstellung. Somit stellt die Qualität hier das wichtigste Kriterium dar.

5 EU-China-Projekt

Im Kampf gegen die Fälscher im eigenen Land ist China auf Hilfe von außen angewiesen. Auf internationaler Ebene arbeitet China mit dem Ausland zusammen, um Experten auszubilden und Fachkenntnisse zu schaffen. Hier zeigt sich die Bereitschaft, an den eigenen Schwächen zu arbeiten. Das Europäische Patentamt (EPA) hat im Zuge dessen mit China ein Kooperationsprogramm geschaffen. Mit diesem Projekt soll der bilaterale Handel vereinfacht, die bestehenden Schutzsysteme unterstützt und ausgebaut sowie technisch aufgerüstet werden.

2007 startet das Projekt zum Schutz von geistigen Eigentumsrechten (IPR 2), das als Nachfolgeprogramm auf das bereits abgeschlossene IPR 1-Projekt (1999–2004) aufbaut. Mit Hilfe von 16,275 Mio. €, woran sich China mit 5,425 Mio. € beteiligt, sollen bis 2011 mehr als 2 500 Experten ausgebildet werden. Über Maßnahmen für die administrative Durchsetzung, Fortbildung von Richtern und Rechtsanwälten, aber auch durch die Unterstützung von Universitäten und Forschungsinstitutionen wird nachhaltig Fachwissen in China selbst geschaffen.¹⁹

Insgesamt kooperiert das EPA mit 17 chinesischen Behörden. Ein weiterer positiver Nebeneffekt der Zusammenarbeit ist darin zu sehen, dass seit Beginn der 1980er Jahre der Handel zwischen der EU und China enorm gestiegen ist. Somit ist die EU nach den USA der wichtigste Handelspartner Chinas.²⁰

6 Das Drei-Phasen-Modell

Der Aufholprozess, den Entwicklungsländer auf dem Weg zum Industrieland durchlaufen, kann in die folgenden drei Phasen gegliedert werden: Imitation, Adaptive Innovation und Diffusion.²¹

Die Phase der Imitation ist durch den Nachbau von schon vorhandenen Produkten gekennzeichnet. Produktionsweisen und -arten werden nachgeahmt, und ausländische Arbeitskräfte können eingestellt werden, so dass Wissenstransfer stattfinden kann. Deutschland durchlief diese Phase beispielsweise vor 1877, die Volksrepublik China befindet sich seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in ihr. Aktuell sind es in China z.B. Produkte der Pharmaindustrie, die imitiert werden. Illegal sind die Aktivitäten dieser Phase, wenn das geistige Eigentum rechtlich geschützt ist.²²

In der zweiten Phase, der adaptiven Innovation, wandeln Firmen und Unternehmen die imitierten Produkte und Technologien um und passen diese an die eigenen Fähigkeiten an. Aufgrund dieser Vorgehensweise ist es den Firmen möglich, Schritt für Schritt die Kompetenzen und Fähigkeiten zu erlernen, die nötig sind, um eigene Innovationen auf dem Markt zu etablieren. Aktuell ist diese Phase in China im Bereich der Automobilbranche zu beobachten.²³

Es folgt Phase drei, die Diffusion, in der eigene, innovative und erfolgreiche Ideen und Technologien entwickelt und ausgebaut werden, die sich sowohl auf dem heimischen als auch auf dem Weltmarkt eta-

19 Europäisches Patentamt (2008a).

20 Europäisches Patentamt (2008b).

21 Richter/Streb 2009: 2.

22 Ebd.: 2.

23 Ebd.: 2.

blieren können. Der Bereich der Telekommunikation ist ein gutes Beispiel dafür, dass sich einige Branchen in China in der Phase der „Diffusion“ befinden und eigene Technologien hervorbringen.²⁴

Das Drei-Phasen-Modell lässt sich allerdings nicht nur auf den gesamten Markt anwenden, es kann auch sehr anschaulich an einzelnen Unternehmen bzw. Branchen verdeutlicht werden. So ist die Computerherstellerfirma „Lenovo“ ein exzellentes Beispiel für ein Unternehmen, das die oben genannten drei Phasen durchlaufen hat:

1984 wurde Lenovo als „*New Technology Development Inc.*“ (später „Legend“) gegründet, dessen Ziel es war, der chinesischen Bevölkerung die Vorteile der Informationstechnologie zugänglich zu machen.²⁵ Zu dieser Zeit wurden PCs hauptsächlich importiert. Im Jahre 2005 übernahm die Firma die PC-Sparte des US-amerikanischen Unternehmens IBM. Schon zwei Jahre zuvor hatte der Namenswechsel zu „Lenovo“ stattgefunden, der der Vorbereitung für den Eintritt in neue Märkte diente (Le vom engl. „legend“; novo aus dem lat. = neu, neue Ära). Am 1.5.2005 wurde die Übernahme offiziell abgeschlossen, Lenovo nutzte nun für fünf Jahre das IBM-Logo.²⁶ Das Unternehmen fasste auf dem internationalen Markt Fuß, beispielsweise wurden Verkaufsnetzwerke erweitert, neue logistische Beziehungen geschlossen und neue Niederlassungen eröffnet. Lenovo war es so möglich, neue Märkte zu erschließen. Des Weiteren war Lenovo bevorzugter Zulieferer von PCs für IBM und übernahm in diesem Bereich schließlich dann die Forschungs- und Entwicklungszentren.

7 Fazit

Zum Schluss stellt sich die Frage, ob das negative Meinungsbild der europäischen Medien überhaupt der Realität in China entspricht. Natürlich existieren immer noch schwerwiegende Probleme bei der Durchsetzung von Gesetzen, insbesondere auf der lokalen Ebene. Diese müssen überwunden werden. Jedoch kann man auf der anderen Seite die Fortschritte in Bezug auf den Schutz des geistigen Eigentums in China nicht leugnen.

Über internationale Kooperationen wird Fachwissen nach China transferiert. Ferner besteht ein starkes Eigeninteresse von Seiten der chinesischen Unternehmen, den Schutz des geistigen Eigentums in China zu stärken. Auch die Zentralregierung, die die rechtsstaatlichen und institutionellen Grundlagen geschaffen hat, ist entschlossen, die internationalen Standards weiterhin effektiv zu implementieren.

Deutsche Unternehmen sollten China daher als Markt für Investitionen mit Potenzial und Zukunft wahrnehmen, der für sich aber nicht in Anspruch nimmt, Firmen vor Produktfälschungen zu schützen. Dies gilt gleichermaßen für ausländische wie inländische Unternehmen.

Literatur

Barton, John et al. (Commission on Intellectual Property Rights, 2002): *Integrating Intellectual Property Rights and Development Policy*, London.

Commission on Intellectual Property Rights (2009)
http://www.iprcommission.org/papers/pdfs/final_report/ciprfullfinal.pdf (10.11.2009).

Beijing Rundschau (2003): <http://www.bjreview.cn/g-br/2003-34/2003.34-china-1.htm> (3.3.2010).

China Internet Information Center: <http://www.china.org.cn/english/China/207957.htm> (3.3.2010).

China Intellectual Property Rights Protection Website (IPR in China):
<http://english.ipr.gov.cn/news/headlines/233480.shtml> (18.11.2009).

China IPR (Project financed by the European Union):
<http://www.china-iprhelpdesk.eu/faqs.php> (18.11.2009).

24 Ebd.: 3.

25 Siddhanta et al. 2007: 19.

26 Ebd.: 20.

- Deutsche Handelskammer Beijing (2008): German Chamber Newsletter January/February 2008, Beijing, http://china.ahk.de/uploads/media/gcobj_newsletter_200801.pdf (10.11.2009).
- Europäisches Patentamt (2008a): <http://www.epo.org/topics/news/2008/20080417a.html> (10.11.2009).
- Europäisches Patentamt (2008b):
<http://www.epo.org/about-us/press/releases/archive/2008/20080417.html> (10.11.2009).
- EU-China Protection of Intellectual Property Rights (IPR 2):
http://www.ipr2.org/index.php?option=com_content&view=section&layout=blog&id=12&Itemid=89
(18.11.2009).
- Fuchs, Hans Joachim / Kammerer, Jörg / Ma, Xiaoli / Rehn, Ina Melanie (2006): Piraten, Fälscher und Kopierer, Strategien und Instrumente zum Schutz geistigen Eigentums in der Volksrepublik China, Gabler.
- Geldsetzer, Felix (2006): Entwicklung und Zukunft des chinesischen Systems des Geistigen Eigentums, Düsseldorf.
- German Trade & Invest: <http://www.gtai.de/fdb-SE,MKT200901268004,Google.html> (18.11.2009).
- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit:
<http://www.gtz.de/de/weltweit/asien-pazifik/china/19058.htm> (18.11.2009).
- Kong, Qingjiang (2005): WTO, Internationalization, and the intellectual property rights regime in China, Singapore.
- Metha, Andrew C. (2005): The Politics of Piracy: intellectual property in contemporary China, Ithaca.
- Quan, Chong (2009):
http://english.mofcom.gov.cn/aarticle/translators_garden/famous_speech/200904/20090406184144.html
(3.3.2010).
- Richter, Ralf and Streb, Jochen (2009): FZID Discussion Papers; Discussion Paper 09/2009: Catching up and falling behind knowledge and spillover from American to German machine tool makers, Stuttgart, Universität Hohenheim.
- Siddhanta, Ariptra et al. (2007): ICFAI Business School Bangalore; Case Study Reference no 307-029-1: Lenovo acquires IBM's PC Division: Will Lenovo gain? ICFAI Business School Bangalore.
- State Intellectual Property Office of the People's Republic of China:
http://www.sipo.gov.cn/sipo_English/ (12.12.2009).
- Torremans, Paul et al. (ed.) (2007): Intellectual Property and TRIPS Compliance in China, Cheltenham.
- ZukunftsAgentur Brandenburg (ZAB), Wenk, Kristin (2009): Chinas neues Patentgesetz. Was ändert sich für ausländische Unternehmen?
http://www.zab-brandenburg.de/files/documents/1_Wenk_Patentschutz_und_IPR_in_China_1.pdf
(12.12.2009).

(III) Chinas Beitrag zu den Vereinten Nationen am Beispiel des Peacekeeping

Andreas Fanash, Morteza Emami, Depesh Chackalamuriyi

Executive Summary

This article analyses the Chinese contribution to the United Nations using the example of Peacekeeping. Two basic questions guide the argumentation:

- 1. In how far does the Chinese contribution to United Nations Peacekeeping cause an adaption of international norms?*
- 2. What impact does this contribution in return have on the United Nations and its Peacekeeping Regime?*

To answer these questions, we will highlight the Chinese attitude toward United Nations Peacekeeping Operations during the 1990s. This period is essential to understand the current engagement of China and to what extent a change can be described. Of importance is a perspective, which analyses the mutual relationship between the engagement of China and the change of the Peacekeeping Regime itself. The evolution of the Chinese attitude can only be described appropriately, if we keep this reciprocity in mind. The Chinese input on the Regime caused changes, which in return affected basic principles of Chinese foreign policy.

Since the year 1999 there is an overall trend of active participation in the Peacekeeping Regime. China became accommodated with new forms of conflict management and until today steadily intensifies its engagement. Basic principles of foreign policy are changing and in this regard we observe an accommodation of the international norm of human rights as a vehicle of change. This impact intensified, as China shared the reformulation of Peacekeeping mandates during the 1990s. In return the Chinese commitment to Peacekeeping has impacts on the role of the United Nations in conflict management. The Chinese attitude strengthens the importance of the Security Council, being the basic forum to legitimize international force.

1 Einleitung

Die Volksrepublik China hat 1971 den Sitz als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen übernommen. Zu Beginn stand China dem Konzept des Peacekeeping komplett ablehnend gegenüber¹ mit der Begründung, dass die Einmischung in Staatsangelegenheiten eine Manifestation der Politik hegemonialer Staaten sei. Mit der Öffnungs- und Reformpolitik im Laufe der 1980er Jahre und vor allem seit dem wirtschaftlichen Aufstieg in den 1990er Jahren verfolgt China eine intensivere Kooperation in internationalen Foren, vor allem in den Vereinten Nationen.

Der wachsende chinesische Beitrag wird im Bereich des Peacekeeping sehr deutlich. China hat sich bis heute mit mehr als 10 000 Peacekeepern an 22 Missionen beteiligt.² Aktuell stellt China das meiste Personal unter den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates. Im weltweiten Vergleich steht die Volksrepublik an 15. Stelle.³ Das Peacekeeping hat heute eine wichtige Rolle im internationalen System. Während im Jahr 2000 etwa 20 000 Peacekeeper im Einsatz waren, sind es heute bereits ca. 117 000.⁴ Missionen scheitern oft an mangelnden Ressourcen und verhaltenen Zusagen zur Bereitstellung von Personal. Umso wichtiger ist Chinas wachsender Beitrag. China entsendet wichtiges Personal: Zivilpolizisten, Ingenieure, medizinische Einheiten und Militärbeobachter. Vor allem im Kontext der

1 International Crisis Group 2009: 4.

2 Ebd.: 3.

3 UNDPKO: 2009.

4 Hansen et al. 2009.

chinesischen Nichteinmischungspolitik und der Bedeutung von Staatssouveränität als grundlegende Prinzipien der chinesischen Außenpolitik ist dieses gestiegene Engagement bemerkenswert.

Im folgenden Beitrag geht es vor allem um die Frage, ob die Einbindung Chinas in die Peacekeeping-Missionen der Vereinten Nationen zu einer Anpassung an internationale Normen führt. Demgegenüber kann auch die Frage gestellt werden, welche Effekte sich durch das steigende Engagement Chinas für die Vereinten Nationen ergeben.

Zunächst wird die Entwicklung des chinesischen Engagements im Bereich des Peacekeeping skizziert, insbesondere die 1990er Jahre sind hierbei von Bedeutung. In einem nächsten Schritt kann dann herausgestellt werden, inwiefern dieser Beitrag als ein Beispiel für die Anpassung an die internationale Norm der Menschenrechte beschrieben werden kann und ob sich Prinzipien, die die Außenpolitik leiten, in einem Wandel befinden. Hier dient eine Theorie, die den Wandel internationaler Normen beschreibt, als Grundlage. Abschließend wird die Bedeutung des chinesischen Beitrags für die Rolle der Vereinten Nationen im Bereich der internationalen Friedenssicherung beschrieben.

2 Chinas Beitrag zum Peacekeeping

Seit den 1980er Jahren hat die chinesische Haltung zu Peacekeeping-Missionen der Vereinten Nationen zwei nennenswerte Veränderungen durchgemacht:

Die erste Phase beinhaltet einen Wandel der ablehnenden Haltung Chinas. Erstmals wurde seit 1981 ein finanzieller Beitrag für die Unterstützung von Missionen geleistet. Auch das passive Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat, welches sich durch eine hohe Anzahl von Enthaltungen ausdrückte, wandelte sich. 1989 entsandte China erstmals Personal für eine Mission im Nahen Osten.⁵ Die 1990er Jahre sind geprägt durch ein ambivalentes Abstimmungsverhalten Chinas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, welches auf die Ausweitung von Peacekeeping-Mandaten zurückgeführt werden kann. Ende der 1990er Jahre ist jedoch eine weitere bedeutende Veränderung der chinesischen Haltung erkennbar. Seit 1999 hat China sich aktiv an allen Peacekeeping-Missionen beteiligt und das eigene Engagement stetig verstärkt.

Im Folgenden soll dieser Wandel genauer beschrieben werden. Dafür wird auf grundlegende außenpolitische Prinzipien Chinas Bezug genommen, welche die Politik der friedlichen Koexistenz bzw. der friedlichen Entwicklung leiten. Für diese Analyse sind drei Prinzipien von Bedeutung. Wichtigstes Merkmal der chinesischen Außenpolitik ist die Bedeutung der Souveränität von Staaten im internationalen System. Diese Souveränität ist prinzipiell unantastbar. Damit verbunden ist das Prinzip der Nicht-Einmischung in souveräne Belange eines Staates. Des Weiteren ist das Absehen von gegenseitiger Gewaltanwendung von Bedeutung.⁶ Wenn im Folgenden von einem Wandel der chinesischen Haltung zur Ausrichtung von Peacekeeping-Mandaten die Rede ist, verweisen diese Aussagen auf die dargelegten Prinzipien der Außenpolitik.

a) Die 1990er Jahre

Seit den 1990er Jahren ist es zu einem Wandel der Peacekeeping-Mandate gekommen. Dieser Wandel ist von Bedeutung, um die heutige Haltung Chinas zum Peacekeeping und die diesbezügliche Rolle der Vereinten Nationen verstehen zu können. Grundsätzlich werden traditionelle und nicht-traditionelle Formen des Peacekeeping unterschieden. Bis zum Ende des Kalten Krieges sprechen wir von traditionellem Peacekeeping. Dieses beinhaltet in erster Linie die Überwachung von Waffenstillständen, wobei der Gebrauch von Gewalt ausschließlich der Selbstverteidigung dient. Zudem ist die Unparteilichkeit der beteiligten Parteien von Bedeutung, sowie die Zustimmung des betroffenen Landes.

Angesichts neuer Konfliktlagen, insbesondere innerstaatlicher Konflikte, ist seit den 1990er Jahren eine Ausweitung der Mandate erkennbar, was als nicht-traditionelles Peacekeeping bezeichnet wird. Dieses

5 Chen 2009: 159.

6 International Crisis Group 2009: 6.

beinhaltet eine breitere und komplexere Zielformulierung, wie die Entwaffnung von Konfliktparteien oder die Betreuung von Wahlen. Eine Zustimmung aller Konfliktparteien bzw. des betroffenen Landes ist nicht mehr notwendig, und vor allem ist der Einsatz von Waffengewalt erlaubt, um fortwährende Konflikte einzudämmen und die Sicherheit des entsendeten Personals zu sichern.⁷ Dieser Wandel prägte auch die chinesische Haltung zu Peacekeeping-Missionen während der 1990er Jahre. Grundsätzliche Fragen zur Legitimität der Ausweitung der Mandate und dem Ausmaß der Gewaltanwendung wurden seitens Chinas gestellt.

Die Peacekeeping-Mission in Somalia 1992 verdeutlicht eine veränderte Sicherheitssituation nach dem Kalten Krieg. Der Sicherheitsrat hat im August 1992 für ein traditionelles Mandat gestimmt.⁸ Nachdem sich die Situation in Somalia dramatisch verschlimmert hatte und es einige Verluste unter den Blauhelmen zu verzeichnen gab, autorisierte der Sicherheitsrat mit Zustimmung Chinas einen nicht-traditionellen Einsatz.⁹ Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Autorisierung von Gewaltanwendung nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen erfolgte und somit nicht klar definiert wurde. Kapitel VII formuliert nur, dass alle nötigen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Erfolg der Operation zu sichern. Gerade diese Unbestimmtheit des Mandates und von Formen der Gewaltanwendung wurde seitens Chinas kritisiert.¹⁰ Aufgrund der besonderen Lage Somalias als zerfallener Staat spielte die Staatssouveränität in diesem Zusammenhang nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch wies China darauf hin, dass es sich bei Somalia um eine besondere Ausnahme handele, “[...] based on the needs of the unique situation in Somalia, it should not constitute precedent for future UN peacekeeping operations”.¹¹ Die Unbestimmtheit der Gewaltanwendung und das Absehen von der Zustimmung des betroffenen Staates sollte keine Grundlage für eine bedenkenlose Neuausrichtung von Peacekeeping-Mandaten darstellen. Das Scheitern des Einsatzes in Somalia führte China in der Folge auf die Abkehr vom traditionellen Peacekeeping zurück.

In den folgenden Jahren verhielt sich China dann, wie viele andere Staaten auch, eher zurückhaltend bei der Unterstützung von Missionen, die nicht-traditionell ausgerichtet waren. Beispiele hierfür waren u. a. die Einsätze in Ruanda 1994 und Bosnien 1995. Grundsätzlich war ein ambivalentes Verhalten erkennbar. Wenn Beijing Mandate unterstützte, erfolgte dies durch deutliche Einschränkungen hinsichtlich des Maßes der Gewaltanwendung. Auch wurde stets die Einzigartigkeit der jeweiligen Problemlage betont. Wichtig war nach wie vor die Zustimmung aller in den Konflikt involvierten Parteien bzw. des betroffenen Landes. Zudem wurde die wachsende Rolle von Schlüsselstaaten (*pivotal states*), welche federführend zentrale Aufgaben der Friedenssicherung übernahmen, kritisch betrachtet.¹²

Einen negativen Höhepunkt dieser Entwicklung stellte der Kosovo-Konflikt 1998/99 dar. China stellte sich gegen eine Legitimierung des Einsatzes durch den Sicherheitsrat und kritisierte das geplante Eingreifen durch die Vereinten Nationen. Nach den gescheiterten Friedensgesprächen in Rambouillet kam es dann zu einer militärischen Intervention durch die NATO. Das ablehnende Verhalten Chinas wurde international kritisiert, da es sich um eine humanitäre Intervention gehandelt habe. In China wuchs daraufhin die Befürchtung einer erneuten internationalen Isolation, wie sie sich bereits nach der Niederschlagung der studentischen Protestbewegung auf dem Tiananmen-Platz 1989 gezeigt hatte.¹³

b) Ost-Timor als Wendepunkt

Vor diesem Hintergrund stimmte China im selben Jahr einer Intervention in Ost-Timor, welche eine klar nicht-traditionelle Ausrichtung hatte, ohne Einschränkungen zu. Hier wurde Personal bereitgestellt, obwohl das Mandat in souveräne Belange des Staates eingriff und eine sehr breite Zielformulierung ver-

7 Stähle 2008: 635 f.

8 Choedon 2005: 46.

9 International Crisis Group 2009: 23.

10 Ebd.: 24.

11 Choedon 2005: 47.

12 Stähle 2008: 643 f.

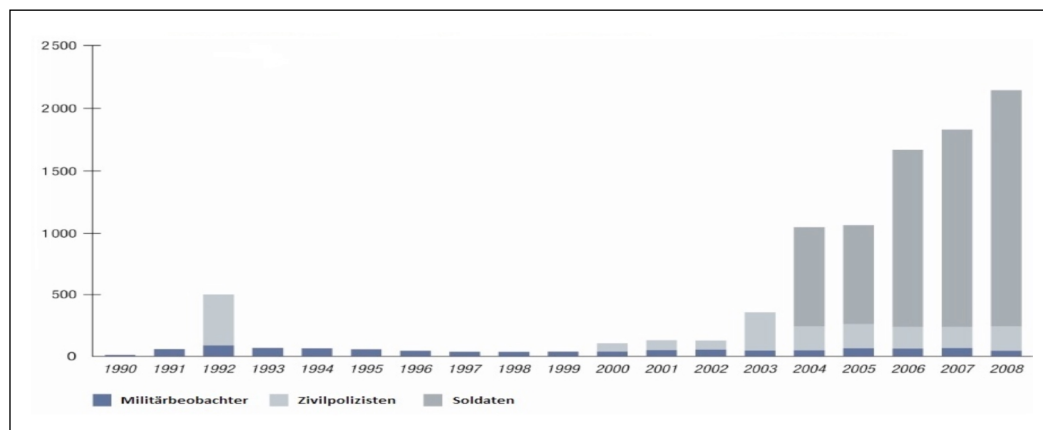
13 Ebd.: 645.

folgte.¹⁴ Die Unterstützung Chinas erfolgte erst, nachdem Indonesien einem Einsatz durch die Vereinten Nationen zugestimmt hatte. Jedoch wurde ein robustes Mandat ohne einschränkende Bemerkungen akzeptiert, welches zudem unter Federführung Australiens erfolgte. Dieser abrupte Wandel wird auf die Befürchtung einer internationalen Isolation infolge des Kosovo-Konfliktes zurückgeführt, welche der Suche nach internationalem Prestige entgegenstand. Des Weiteren wurde eine zunehmende Schwächung der Autorität der Vereinten Nationen befürchtet, da Konfliktlösungen verstärkt über andere Bündnisse und Foren erfolgten.¹⁵

Im Jahr 2000 wurde seitens der Vereinten Nationen der Brahimi-Report¹⁶ verfasst. Ziel war es, die Probleme, die sich im Laufe der 1990er Jahre im Bereich des Peacekeeping zeigten, zu lösen. Dieser Report stellt einen weiteren entscheidenden Wendepunkt dar, da Bedenken Chinas zur unklaren Ausweitung von Peacekeeping-Mandaten thematisiert wurden. Im Wesentlichen beinhaltete der Brahimi-Report eine deutliche Restriktion von Formen der Gewaltanwendung. Die Limitierung der Autorisierung von Gewalt in Resolutionen des Sicherheitsrates war ein Produkt der chinesischen Initiative und wird als „Chinesisches Modell“ bezeichnet.¹⁷ Seit dem Jahr 2000 ist dementsprechend ein stetig wachsendes Engagement Chinas zu erkennen, seit 2003 zeigt sich ein deutlicher Anstieg beim entsendeten Personal. Dieser Anstieg hat eine quantitative Dimension, zeigt aber auch eine qualitative Ausweitung des bereitgestellten Personals.

Seit 2004 werden auch Soldaten für Peacekeeping-Missionen entsendet (Abb. 1).

Abb. 1: Chinas Beitrag zum VN-Peacekeeping 1990–2008¹⁸



c) Normanpassung durch Normgestaltung?

Zuletzt soll nun die Frage beantwortet werden, ob es durch die Einbindung Chinas in das Peacekeeping-Regime zu einer Anpassung an internationale Normen kommt. Hier bezieht sich die Analyse auf eine Theorie zum Wandel internationaler Normen. Es geht um die Frage, wann internationale Normen eine gewisse Schwelle überschreiten, bis sie einen ausreichenden Legitimitätsgrad besitzen und somit die Politik von Staaten beeinflussen.¹⁹

Für die 1990er Jahre kann insoweit von einem internationalen Normenwandel gesprochen werden, als es zu einer zunehmenden Betonung von Menschenrechten als Referenzpunkt internationaler Politik kam.

¹⁴ International Crisis Group 2009: 6.

¹⁵ Ebd.: 11 ff.

¹⁶ Die wesentlichen Punkte des Brahimi-Reports: 1. Peacekeeper sollten ein Mandat zur Verteidigung (Eigenschutz, Mission, Zivilisten) erhalten. 2. Die VN sollten keine Mission mandatieren, bevor die Bereitstellung aller notwendigen Ressourcen geklärt ist, wobei Schlüsselstaaten Soldaten schon im Vorhinein entsenden können. 3. Eine bessere Konsultation zwischen VNSR und den bereitstellenden Ländern. 4. Einen multidimensionalen Ansatz als integralen Part von Missionen: Überwachung von Wahlen, Ausbildung von Polizisten, Stärkung des Rechtssystems (*rule of law*, Entwaffnung, Schutz der Menschenrechte).

¹⁷ Stähle 2006: 67.

¹⁸ International Crisis Group 2009: 34.

¹⁹ Finnemore/Sikkink 1998: 887 ff.

Die Souveränität von Staaten wurde hier in ihrer Bedeutung relativiert. Dieser Normwandel zeigte sich auch im oben dargelegten Wandel der Peacekeeping-Mandate. Die Ausweitung der Einsätze fokussierte sich zunehmend auf humanitäre Konflikte und beinhaltete selten die Zustimmung der betroffenen Länder.²⁰

Folgen wir der Theorie des Normwandels, so hat diese Verschiebung Effekte auf die chinesische Außenpolitik. Zuvor wurden bereits einige Gründe angesprochen, warum China 1999 einen abrupten Wandel der eigenen Position zeigte. Warum jedoch wurde gerade im Bereich des Peacekeeping versucht, das eigene internationale Profil aufzuwerten? Die Antwort liefert hier die Menschenrechtsnorm als wichtiger Referenzpunkt internationaler Politik. Gerade der Bereich des Peacekeeping bot durch seinen Fokus auf Menschenrechte die Möglichkeit für China, internationale Legitimation zu sichern und dem Selbstbild einer verantwortungsvollen Großmacht gerecht zu werden. Insbesondere die Formulierung des Brahimi-Reports, welcher Bedenken Chinas thematisierte, ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung. China war aktiv in die Normgestaltung eingebunden, was den Prozess der Normanpassung weiter verstärkte.²¹

Wenn nun von einer Normanpassung gesprochen werden kann, sind die oben dargelegten Prinzipien der chinesischen Außenpolitik von Bedeutung. In welchen Punkten kam es zu einer Anpassung? Zunächst kann gesagt werden, dass sich durch den absoluten Verzicht auf gegenseitige Gewaltanwendung ein Wandel Chinas zeigt. Seit dem Brahimi-Report werden klar begrenzte Mittel der Gewaltanwendung befürwortet, damit Peacekeeping-Missionen effektiv neue Problemlagen und Konflikte lösen können. Des Weiteren zeigt sich auch bei dem Prinzip der Nicht-Einmischung ein gradueller Wandel. Die Neuausrichtung von Mandaten beinhaltet durch die breite Zielformulierung de facto Eingriffe in souveräne Belange des betroffenen Staates. Dieser Sachverhalt gilt insbesondere durch die zunehmende Bedeutung von Schlüsselstaaten, welche zentrale Aufgaben federführend übernehmen. In diesen Bereichen ist deutlich ein Wandel der chinesischen Haltung zu erkennen, und in diesem Sinne sprechen wir von einer Normanpassung Chinas.

Jedoch müssen auch deutliche Einschränkungen gemacht werden. Nach wie vor ist grundsätzlich die Souveränität von Staaten von höchster Bedeutung für China. Eine Ausweitung zu nicht-traditionellem Peacekeeping wird zwar befürwortet, jedoch ist die Zustimmung der betroffenen Staaten bzw. aller am Konflikt beteiligten Parteien sehr wichtig, wie das Beispiel Ost-Timor verdeutlicht. Die Normanpassung Chinas zeigt also auch Grenzen auf. Ein weiteres Beispiel für diese partielle Normanpassung ist das Prinzip der *Responsibility to Protect (R2P)*. China hat diesem Prinzip 2006 in der Sicherheitsratsresolution 1674 zugestimmt und bereits 2005 an dessen Ausformulierung auf einem Weltgipfel mitgewirkt. Dabei handelt es sich um eine neue Ausrichtung im Völkerrecht, die einen Menschenrechtsansatz verfolgt und keinen staatszentrierten Ansatz. Demnach ist es für die internationale Gemeinschaft legitim, humanitäre Krisen zu entschärfen, wenn das betroffene Land dazu nicht in der Lage ist.²² China akzeptiert grundsätzlich diesen Legitimitätsanspruch der internationalen Gemeinschaft und den Referenzpunkt der menschlichen Sicherheit, welche noch vor der Souveränität eines Staates steht. Jedoch wird diesbezüglich betont, dass zunächst der souveräne Staat für das Wohlergehen der Bevölkerung verantwortlich ist und erst dann die internationale Gemeinschaft in der Verantwortung ist zu handeln. Außerdem bedarf dieses Handeln der Zustimmung der betroffenen Parteien und der Autorisation des Sicherheitsrates.²³ Wir sehen auch eine grundsätzliche Akzeptanz der Menschenrechtsnorm, welche jedoch hinsichtlich der Bedeutung von Souveränität relativiert wird.

20 Chen 2009: 161 ff.

21 Ebd.: 163.

22 Das Prinzip der „Responsibility to Protect“ beinhaltet drei Säulen: “1) *The primary responsibility of each state to protect its population from genocide, war crimes, ethnic cleansing and crimes against humanity, and from their incitement; 2) the responsibility of the international community to assist states to uphold their associated prevention and protection obligations; and 3) the responsibility of member states to respond in a timely and decisive manner when a state is manifestly failing to protect its populations from the four mass atrocity crimes.*“ (Teitt 2009: 3).

23 Ebd.: 6 ff.

3 Fazit

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Chinas derzeitige Haltung zum Peacekeeping viel pragmatischer und konstruktiver erfolgt, als oft angenommen wird. Seit dem Jahr 1999 hat eine Normanpassung stattgefunden, wichtige außenpolitische Prinzipien befinden sich im Wandel. Souveränität bleibt der zentrale Grundsatz bei der Lösung von Konflikten, aber es wird von Fall zu Fall im Sinne der friedlichen Entwicklung entschieden. Denn auch auf China steigt der internationale Druck, mitunter aufgrund der Unterstützung von Problemregierungen in Entwicklungsländern. Umso wichtiger ist in diesem Zusammenhang die Anpassung an internationale Normen, da die Legitimität der außenpolitischen Entscheidungen gestärkt wird.

Die Norm der Menschenrechte ist jedoch nicht internalisiert. China definiert diese Norm anders als die westlichen Industriestaaten. Menschenrechte gelten als eng verknüpft mit der Verbesserung der sozialen und ökonomischen Bedingungen. Darüber hinaus ist der Begriff der Menschenrechte kontrovers, wenn dieser mit der Norm der Souveränität konfrontiert wird. Da Menschenrechte jedoch als internationale Norm an Bedeutung gewinnen und einen Referenzpunkt für die Legitimierung internationaler Politik darstellen, wächst auch die Anerkennung durch China. Die chinesische Außenpolitik befindet sich in einem bedeutenden Wandel, und es stellt sich die Frage, wie die Ambivalenz zwischen Menschenrechten und Souveränität zukünftig die chinesische Politik beeinflusst.

China nutzt das Engagement im Bereich des Peacekeeping, um internationale Anerkennung zu sichern und eigene Interessen zu festigen. Insbesondere seit 1999 ist der Anspruch auf Mitgestaltung internationaler Sicherheitsstrukturen erkennbar. Dies verdeutlicht der wachsende quantitative und qualitative Beitrag, der die zentrale Rolle der Vereinten Nationen für die Friedenssicherung unterstreicht. Zudem muss festgehalten werden, dass China im Rahmen des Brahimi-Reports wichtige Impulse zur Neuausrichtung von Peacekeeping-Mandaten gesetzt hat. Das wachsende Engagement Chinas zeigt auch, welchen Stellenwert die Vereinten Nationen für China besitzen. China hat stets die Bedeutung des Sicherheitsrates betont, welcher das einzige Organ für die Autorisierung von multilateralen Konfliktlösungen sein kann. In diesem Sinne leistet man auch einen wichtigen politischen Beitrag zur Stärkung der Vereinten Nationen. So sollte für die Lösung von Konflikten und Problemen verstärkt die Kooperation mit China in den Vereinten Nationen gesucht werden.

Mit Chinas rasantem ökonomischen Aufstieg und der Intensivierung weltweiter Verflechtungen ist auch China an einer sicheren und stabilen Welt interessiert. Peacekeeping-Missionen können für China nicht nur den Einfluss und das Ansehen im Ausland steigern, sondern sind vor allem auch eine kostengünstige Alternative, um internationalen Frieden und Sicherheit zu gewährleisten, gerade in Ländern, in denen China ein besonderes wirtschaftliches Interesse hat.

Literatur

Choedon, Yeshe (2005): China's Stand on UN Peacekeeping Operations: Changing Priorities of Foreign Policy, in: China Report 41: 39–57, <http://chr.sagepub.com/cgi/content/abstract/41/1/39> (10.10.2009).

Chen, Jing (2009): Explaining the Change in China's Attitude toward UN Peacekeeping: a norm change perspective, in: Journal of Contemporary China 18: 157–173.

Finnemore, Martha / Sikkink, Kathryn (1998): International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization, 4 (52): 887–917.

Hansen, Wibke / Gienanth, Tobias von (2009): Zukunft für das Peacekeeping. Das „New Horizon“-Papier der Vereinten Nationen in Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Policy Briefing Paper 12, http://www.zif-berlin.org/fileadmin/uploads/analyse/dokumente/veroeffentlichungen/Policy_Briefing_New_Horizon_12_09.pdf (10.10.2009).

He, Yin (2007): China's Changing Policy on UN Peacekeeping Operations, Institute for Security and Development Policy, Asia Paper, July 2007.

International Crisis Group (2009): China's growing role in UN peacekeeping, in: Asia Report 166: 1–34, <http://www.crisisgroup.org/home/getfile.cfm?id=3910&tid=6062&type=pdf&l=1> (10.10.2009).

Stähle, Stefan (2008): China's Shifting Attitude towards United Nations Peacekeeping Operations, in: *The China Quarterly*, 195: 631–655.

Stähle, Stefan (2006): China's Participation in the United Nations Peacekeeping Regime, http://aladinrc.wrlc.org/bitstream/1961/4312/1/Thesis_Staehle_Final.pdf (10.10.2009).

Teitt, Sarah (2009): Strengthening China's Role in Protecting Population from Mass Atrocity Crimes. Paper presented at the International Studies Association 2009 Conference, http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/3/1/1/3/9/pages311394/p311394-1.php (10.10.2009).

United Nations Department of Peacekeeping Operations (UNDPKO) (2009): Monthly Summary of Contributors of Military and Police Personnel, <http://www.un.org/en/peacekeeping/contributors/> (10.10.2009).

(IV) Chinas Haltung zur Klimapolitik und in den internationalen Klimaverhandlungen

Saskia Anders, Christina Burmeister, Holger Harms, Neda Noraie-Kia

Executive Summary

To adequately assess the behavior of the People's Republic of China at the United Nations Climate Change Conference in Copenhagen, there is a need to look beyond the results at the conference itself and analyze the formation of the Chinese position in more depth. This article seeks to display the process, in which the Chinese position was constituted by revealing the internal and external factors and underlying principles that influence it. Internally, priority goals such as sustained economic growth, social stability and energy security are found to influence and characterize the Chinese approach to climate issues in the same way as the fragmentation of relevant actors and the lack of civil society participation. Furthermore, the country's continuing efforts to become a powerful and responsible regional and global power play a part in the formation of Chinese climate policy. On these grounds, the Chinese role in Copenhagen is analyzed and put into perspective. With the use of interviews conducted with several Chinese civil society representatives in Copenhagen as well as academics, possible future strategies and needs for cooperation with China beyond the negotiations at UN level are revealed. In particular, increased cooperation with civil society actors, private sector initiatives and university and town twinnings are expected to hold much potential for future collaboration.

1 Einleitung

Der Eindruck, dass die Volksrepublik China maßgeblich zum Scheitern der Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen im Dezember 2009 in Kopenhagen beigetragen hat, ist weit verbreitet und teilweise berechtigt. Eine differenzierte Betrachtung chinesischer Klimapolitik zeigt jedoch, dass China, ebenso wie andere Konferenzteilnehmer, auf nationaler Ebene eine weitaus ambitioniertere Klimapolitik verfolgt, als sich aus dem Verhalten in Kopenhagen vermuten ließe. Neben einer Analyse der innenpolitischen Einflüsse und der Beobachtung der Klimaverhandlungen unter Berücksichtigung nationaler Faktoren und Prinzipien geben vor allem vor Ort geführte Interviews mit chinesischen zivilgesellschaftlichen Klimaakteuren Aufschluss über die Komplexität chinesischer Klimapolitik. Der vorliegende Beitrag schließt mit Anknüpfungspunkten, die verdeutlichen, dass sich chinesische Klimapolitik nicht auf die Regierungsebene beschränken sollte, um im Sinne einer klimafreundlichen, nachhaltigen Entwicklung Fortschritte zu erzielen.

2 Nationale und internationale Einflussfaktoren chinesischer Klimapolitik

Die chinesische Klimapolitik wird von diversen nationalen und internationalen Faktoren beeinflusst. Als einer der nationalen Faktoren ist zunächst das nachholende Wirtschaftswachstum zu nennen.¹ Ziel der chinesischen Regierung ist in erster Linie die Sicherstellung der wirtschaftlichen Entwicklung, welche die gesellschaftliche und politische Stabilität des Landes bedingt.² Einhergehend mit den ambitionierten Wachstumszielen ist ein rasant zunehmender Energiebedarf, der sich seit den 1980er Jahren verdoppelt hat.³ Bisher stellt China den Bedarf durch einen wenig klimafreundlichen Energiemix⁴ sicher. Angesichts dessen sind klimapolitische Entscheidungen eng mit der Energiesicherheitsdebatte verbunden. Dieser zweite Faktor führt dazu, dass Klimapolitik häufig eher als Begleiterscheinung diskutiert wird. Weiterhin ist die Klimapolitik Chinas geprägt von einer starken Fragmentierung auf verschiedenen Ebenen. Allein die institutionelle Fragmentierung zwischen der Nationalen Entwicklungs- und Reform-

1 Lewis 2007: 156.

2 Hallding et al. 2009: 121.

3 Harris 2009: 1.

4 70 % des Energiebedarfs Chinas wird durch Kohle gedeckt (vgl. Wacker 2009: 50 f.).

kommission sowie der Umweltbehörde führt zu Problemen bei der Umsetzung ambitionierter Klimaschutzziele, da beiden Institutionen Befugnisse zur Implementierung auf regionaler und lokaler Ebene fehlen.⁵ Neben der institutionellen Fragmentierung führt eine regionale Fragmentierung, insbesondere zwischen urbanen und ländlichen Gebieten, zu einer unterschiedlichen Betroffenheit von und Bewertung der Klimaproblematik. Grundsätzlich ist eine institutionelle und regionale Fragmentierung relevanter Akteure sicherlich keine landesspezifische Besonderheit – sie beeinflusst chinesische Klimapolitik jedoch in relevantem Ausmaß.⁶

Im Bereich der Klimapolitik ist außerdem eine mangelnde zivilgesellschaftliche Einflussnahme von Bedeutung. Umweltprobleme, die unter Umständen bereits direkt mit klimatischen Veränderungen zusammenhängen (Hochwasser, Dürre usw.), können dadurch nicht in angemessenem Maße artikuliert werden. Schließlich ist die chinesische Regierung angesichts der gravierenden Einkommensunterschiede im Land stets um soziale Stabilität bemüht und argumentiert daher, dass sie sich Klimaschutz auf Kosten von Wirtschaftswachstum nicht leisten könne.

Neben diesen nationalen Faktoren ist Chinas Klimapolitik von zunehmenden Bemühungen um regionale Integration und internationale Kooperation geprägt.⁷ Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich das internationale Auftreten Chinas gegenwärtig noch in einem Übergangsstadium befindet. Innerhalb der zwei Jahrzehnte, in denen China aktiv in die Klimaverhandlungen involviert ist,⁸ hat sich das Auftreten im internationalen Kontext vom Selbstverständnis eines Entwicklungslandes zu einer regionalen Macht bis hin zu einem globalen Akteur verändert.⁹ Letzteres müsste mit entsprechender Verantwortung einhergehen, welche China in den Klimaverhandlungen bislang jedoch noch nicht wahrnimmt, da es sich vorwiegend als Entwicklungsland versteht.

3 Grundlegende Prinzipien in den Klimaverhandlungen

Um das Verhalten der chinesischen Delegation während der Verhandlungen in Kopenhagen einordnen zu können, ist es nach der Betrachtung der auf die Klimapolitik einwirkenden Faktoren wichtig, grundlegende Prinzipien der chinesischen Regierung zu berücksichtigen. Vier dieser Prinzipien sind an dieser Stelle besonders hervorzuheben:

- (1) China nimmt sich als Entwicklungsland wahr und tritt dementsprechend auf;
- (2) Die chinesische Regierung besteht auf dem Recht der nachholenden Entwicklung;
- (3) Es wird eine gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung von Entwicklungs- und Industrieländern gefordert;
- (4) Die Vereinten Nationen gelten als entscheidendes Forum für die Klimaverhandlungen.

Trotz des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas in den letzten drei Jahrzehnten, welcher Millionen Menschen aus absoluter Armut befreit hat, ist das Land bei der Betrachtung sozioökonomischer Faktoren nach wie vor ein Entwicklungsland mit enormen Wohlstandsunterschieden innerhalb der Bevölkerung.¹⁰ Auch als Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft hat China enorm an Gewicht gewonnen. Gemeinsam mit anderen Entwicklungsländern ist China in der Gruppe der 77 (G77) organisiert, wobei China das einflussreichste Mitglied der Gruppe darstellt und diese somit auch im Vorlauf der Kopenhagen-Konferenz dominierte. China nutzt die G77, um seinen Interessen mehr Gewicht zu verleihen und international nicht isoliert zu werden.¹¹

Einhergehend mit der Selbstwahrnehmung als Entwicklungsland erhebt China für sich und andere Mitglieder der G77 das Recht auf nachholende Entwicklung.¹² Dies impliziert, dass diesen – solange sie

5 Wacker 2009: 52.

6 Interview mit Dirk Messner 2009.

7 Heberer/Senz 2009: 7.

8 Harris 2008: 1.

9 Interview mit Dirk Messner 2009.

10 Harmeling et al. 2007: 3 f.

11 Lewis 2007: 162.

12 Oberheitmann/Sternfeld 2009: 139.

sich noch auf dem Weg der Modernisierung befinden – erhöhte Schadstoffemissionen gewährt werden sollen. Begründet wird dies damit, dass die Industrialisierung entwickelter Länder ebenfalls mit signifikanten CO₂-Emissionen und einem hohen Verbrauch natürlicher Ressourcen einherging. Die weiterhin notwendige Verbesserung der Lebensbedingungen der chinesischen Bevölkerung und die Wahrung der sozialen Stabilität sind nur durch die Aufrechterhaltung eines Wirtschaftswachstums von mindestens 8 % möglich.¹³ Dies hat bei gleichbleibender Energienutzung auch einen erhöhten Schadstoffausstoß zur Folge.¹⁴

Aus dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Teilnehmerstaaten an der Klimakonferenz in Kopenhagen ergibt sich für China bezüglich des Klimaschutzes die Forderung nach einer gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung von Entwicklungs- und Industrieländern. Dem Vorwurf, dass China schon jetzt der weltweit größte Emittent von CO₂ ist, begegnet die Regierung zudem damit, dass der nach wie vor geringere Pro-Kopf-Ausstoß Chinas ebenso zu berücksichtigen sei wie die historische Verantwortung der Industrieländer.¹⁵ Konkret fordert China, keine verbindlichen Obergrenzen beim CO₂-Ausstoß einhalten zu müssen. In seiner Rede zum Klimawandel vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 2009 betonte der chinesische Präsident Hu Jintao diese „gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung“¹⁶ für den Klimawandel und dessen Bekämpfung.

Die Vereinten Nationen werden von China als das entscheidende Forum für die Verhandlungen zum Klimawandel betrachtet. Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (*United Nations Framework Convention on Climate Change*, UNFCCC) und das Kyoto-Protokoll sind die Grundlagen für alle weiteren Gespräche. Verhandlungen in regionalen Organisationen, wie der *Asian-Pacific Partnership on Clean Development and Climate* (APP) oder Gruppen wie G8 oder G20, werden lediglich als unterstützend angesehen.¹⁷

4 Konkrete Forderungen Chinas bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen

Basierend auf den oben genannten Prinzipien präsentierte China seine zentralen Forderungen für die 15. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen in Kopenhagen. Ein im Mai 2009 veröffentlichtes Positionspapier¹⁸ gibt die Leitlinie der chinesischen Haltung in den Verhandlungen vor. Darin wird die gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung von Entwicklungs- und Industrieländern betont und dementsprechend unterschiedliche Forderungen an die jeweiligen Regierungen gestellt. Zusätzlich zur offiziellen Leitlinie konkretisierte die chinesische Führung die Position im Vorlauf zur Konferenz in verschiedenen Regierungserklärungen und Reden.

Angelehnt an die Vereinbarungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls aus dem Jahr 1997 (2005 inkraft getreten) fordert die chinesische Regierung verbindliche CO₂-Reduktionsziele für Industrieländer bis zum Jahr 2020 von mindestens 40 % im Vergleich zum Emissionslevel von 1990. Zusätzlich dazu sollen entsprechende institutionelle Maßnahmen durchgesetzt werden, um Technologietransfer und die Unterstützung von Entwicklungsländern zu finanzieren sowie *Capacity Building* sicherzustellen. Hierbei spielt das Argument der historischen Verantwortung und des höheren Pro-Kopf-Ausstoßes von Treibhausgasen in Industrieländern eine entscheidende Rolle. Während die Zugeständnisse der Industrieländer „messbar, berichtspflichtig und nachweisbar rechtlich bindend“¹⁹ sein sollen, verweist die chinesische Regierung bei den Entwicklungsländern auf *Nationally Appropriate Mitigation Actions* (NAMA). Diese nationalen Aktionspläne sollen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer ausgerichtet werden. Obwohl NAMA weder externer Kontrolle noch vorgegebenen Maßstäben unterliegen sollen, appellierte die chinesische Regierung an Entwicklungsländer, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ambitioniert an den Klimaschutz heranzutreten. Auch Entwicklungsländer sollten in

13 Wacker 2009: 53.

14 Liu 2009: 82 f.

15 Ebd.: 90 f.

16 Hu 2009.

17 Liu 2009: 91 f.

18 People's Republic of China, National Development and Reform Commission 2009.

19 Vgl. ebd. Para. III 2 (a).

ihren nationalen Klimapolitiken zielgerichtet agieren und ein Vorgehen nach dem Prinzip „erst verschmutzen, dann aufräumen“²⁰ vermeiden. Obwohl sich die chinesische Führung selbst lange nicht auf konkrete Zahlen bezüglich ihrer eigenen Reduktionsziele für Treibhausgase festlegen ließ, überraschte sie im November 2009 mit einem Vorstoß des Kabinetts. Darin wurde angekündigt, dass China seine CO₂-Emissionen pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes bis 2020 um 40–45 % gemessen am Niveau von 2005 verringern wolle.²¹

In Hinblick auf die Durchsetzung dieser Forderungen in Kopenhagen lässt sich feststellen, dass insbesondere die geforderte Nichtverpflichtung von Entwicklungsländern erreicht werden konnte. Es gilt jedoch zu berücksichtigen, dass dieser vermeintliche Erfolg maßgeblich daraus resultierte, dass es den teilnehmenden Delegationen nicht gelang, sich auf ein verbindliches Abkommen nach Vorbild des Kyoto-Protokolls zu einigen. So wurde im Abschlussdokument das Ziel, die Klimaerwärmung auf zwei Grad zu beschränken, nur zur Kenntnis genommen. Industrieländer werden lediglich dazu angehalten, dem Sekretariat ihre – gemeinsam oder individuell – festgelegten Reduktionsziele für 2020 mitzuteilen, ohne völkerrechtliche Bindung. Auch für Entwicklungsländer wurde auf NAMA vertraut, deren Ergebnisse durch nationale Stellen überprüft und dann alle zwei Jahre an das Sekretariat kommuniziert werden sollen.²² Bezüglich der Finanzierung machten die Industrieländer Zugeständnisse in Höhe von 30 Mio. US\$ für den Zeitraum 2010–2012, was jedoch weder den Forderungen Chinas und der G77 entspricht²³ noch annähernd dem Betrag, den Entwicklungsländer für eine angemessene Anpassung und für die Bekämpfung des Klimawandels benötigen.²⁴ Die Bereitstellung der tatsächlich benötigten 100 Mio. US\$ pro Jahr wird ab 2020 angestrebt, jedoch ist auch hier keine Verbindlichkeit gegeben.

5 Einordnung der chinesischen Position zur globalen Klimapolitik

Nachdem die Forderungen Chinas bei der Kopenhagen-Konferenz dargestellt wurden, wird im Folgenden die chinesische Position zur globalen Klimapolitik eingeordnet und analysiert. Obwohl eine mangelnde Kooperationsbereitschaft der chinesischen Delegation in Kopenhagen nicht geleugnet werden kann, lässt sich sowohl in der innerchinesischen Debatte um den Klimaschutz als auch bezüglich Chinas Haltung in den internationalen Verhandlungen in den letzten zwei Dekaden ein Wandel feststellen. Seit Ende der 1990er Jahre kann in China ein wachsendes Bewusstsein für den Klimawandel und damit einhergehend eine institutionelle Aufwertung des entsprechenden Politikfeldes konstatiert werden.²⁵ Letzteres zeigt sich deutlich in der Gründung zweier hochrangiger nationaler Expertengruppen unter Führung des Premierministers, bzw. des Außenministers im Jahr 2007, sowie in der Veröffentlichung eines nationalen Klimaschutzplanes (*National Climate Change Plan*) im selben Jahr, welcher eine Reihe von konkreten Politiken im Bereich der Energieeffizienz sowie der erneuerbaren Energien vorschreibt. Der 11. Fünfjahresplan (2006–2010) hat unter anderem eine verbindliche nationale Energiereduktion um 20 %, gemessen am Energieverbrauch im Jahr 2005, vorgeschrieben.²⁶ Im Vergleich zu den USA und der EU sind Chinas Bemühungen, die CO₂-Intensität zu verringern, positiv zu bewerten.²⁷ Seit 2006 ist China zudem mit 10 Mrd. US\$ jährlich nach Deutschland das Land mit der höchsten Investitionsrate in regenerative Energien.²⁸ Auch in Hinblick auf die internationale Ebene zeigte sich China in vorhergehenden Verhandlungen kooperationsbereit und trug in konstruktiver Weise zur *Conference of the Parties* (COP) 13 = Konferenz in Bali im Jahr 2007 bei.²⁹

20 Hu 2009.

21 Chinese Government's Official Web Portal 2009.

22 United Nations 2009.

23 Die G77 und China forderten einen Beitrag der Industrieländer von 0,5–1 % ihres jeweiligen Bruttonationalproduktes, was einem Betrag von 201–402 Mrd. US\$ entspräche (United Nations 2008: 82).

24 United Nations 2008: 18.

25 Lewis 2007: 158; Heberer/Senz 2009.

26 Ebd.: 160.

27 PricewaterhouseCoopers 2009: 6.

28 Halting 2009: 128.

29 Ebd.: 126.

Vor der Kopenhagener Konferenz hatte die chinesische Regierung erstmals eigene verbindliche Reduktions- bzw. Klimaeffizienzziele formuliert, die zwar für die Erreichung des Zwei-Grad-Zieles nicht ambitioniert genug waren, jedoch einen großen Fortschritt im Vergleich zu vorherigen Zugeständnissen darstellten.³⁰ Dass auf diesen Vorstoß der chinesischen Führung seitens anderer Teilnehmerstaaten nicht weiter eingegangen wurde, kann als ein Faktor bewertet werden, der die Verhandlungen in Kopenhagen erschwert hat. Die Tatsache, dass die Industrieländer – allen voran die USA – nicht bereit waren, sich zu den laut IPCC-Bericht notwendigen Emissionsminderungszielen zu bekennen, hat zusätzlich dazu beigetragen, dass China sich nicht auf ein absolutes globales Minderungsziel einlassen wollte. Für eine Einordnung der chinesischen Position ist es darüber hinaus wichtig, Chinas Zusammenschluss mit anderen Schwellenländern zu berücksichtigen. Insbesondere im Rahmen der im Vorfeld der Verhandlungen gegründeten BASIC-Gruppe (Brasilien, Südafrika, Indien und China) vertrat China in Kopenhagen in weiten Teilen keine alleinige Position, sondern verfolgte Interessen, die auch von anderen Schwellenländern geteilt werden.³¹

Neben den verstärkten Bemühungen Chinas im Bereich des Klimaschutzes – auch auf regionaler und internationaler Ebene³² – muss bei einer Einordnung und Bewertung von Chinas Rolle in Kopenhagen das bereits erwähnte Transitionsstadium berücksichtigt werden. Von daher ist China trotz seiner mittlerweile unumstrittenen globalen Bedeutung immer noch ein Neuling auf internationalem Parkett, der nicht immer der damit einhergehenden Verantwortung gerecht wird.³³

Weiterhin von großer Bedeutung für die Einordnung des Verhaltens Chinas in Kopenhagen ist das – auch historisch bedingte – Beharren auf nationaler Souveränität. Die chinesische Delegation unter der Führung von Ministerpräsident Wen Jiabao „war nur zu freiwilligen Zusagen zur Effizienzsteigerung bereit und wehrte sich unter dem Banner der nationalen Souveränität gegen internationale Kontrollmechanismen“.³⁴

6 Anknüpfungspunkte

Es wird kaum angezweifelt, dass es für den Umgang mit der immensen Bedrohung durch den Klimawandel einer globalen Ordnungspolitik unter Beteiligung der gesamten internationalen Staatengemeinschaft bedarf. Auch wenn ein Streben nach einem internationalen Abkommen also weiterhin unabdingbar ist, ist es – nicht zuletzt angesichts des Zeitdrucks, dem die Welt durch den Klimawandel ausgesetzt sind – wichtig, *bottom-up*-Bestrebungen subsidiärer Akteure zu unterstützen. Mit Hilfe von Interviews, die mit chinesischen NGO-VertreterInnen vor Ort in Kopenhagen sowie mit WissenschaftlerInnen geführt wurden, werden nachfolgend einige konkrete Handlungsfelder und Vorschläge vorgestellt:

Im Bereich der Zivilgesellschaft findet, wie bereits erwähnt, noch eine geringe politische Einflussnahme statt. Umwelt-Nichtregierungsorganisationen (NROs) beispielsweise verfügen zwar über umweltspezifisches Wissen, oft mangelt es ihnen jedoch an politischen und ökonomischen Kenntnissen. Dies wirkt sich negativ auf ihre Handlungsfähigkeit im internationalen Klimaschutz aus.³⁵ Seitens chinesischer Akteure wurde hier der Bedarf nach gezielten Maßnahmen zum *Capacity Building* und einer stärkeren internationalen Vernetzung und Kooperation formuliert.³⁶ Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich die Arbeitsweise chinesischer NROs von der westlicher unterscheidet. Öffentlich inszenierte Anprangerungen (*naming and shaming*) zum Beispiel, wie sie Greenpeace oder Amnesty International einsetzen, sind in China weder politisch möglich noch gesellschaftlich erwünscht.³⁷ Dies ist eines von vielen Beispielen

30 Interview mit Urda Eichhorst 2009.

31 Müller-Kraenner 2010: 2.

32 Heberer/Senz 2009: 7.

33 Interview mit Dirk Messner 2009.

34 Müller-Kraenner 2010: 2.

35 Interview mit Jiliang Chen 2009.

36 Das China-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt gemeinsam mit CANGO ein Klimanetzwerk von über 20 chinesischen NGOs zu genau diesem Zweck. Kooperationen wie diese gilt es weiter auszubauen und zu stärken (siehe: <http://www.boell-china.org/web/40.html>, 15. 3. 2010).

37 Lehrack 2004: 7 ff.

len, welches die Notwendigkeit von fundierterem Wissen über China als Bedingung für erfolgreiche Kooperationen verdeutlicht. Auf diesen Aspekt wird an späterer Stelle noch näher eingegangen. Darüber hinaus ist eine vielfach genannte Schwäche chinesischer NROs der Mangel an *Fundraising*-Kompetenzen.³⁸

Auf der Ebene der Unternehmen ist es wichtig, energieeffiziente Technologien und die Förderung erneuerbarer Energien zu unterstützen. Chinas Interesse an entsprechenden Technologien stellt auch eine potenzielle Handels- und Wachstumsmöglichkeit für europäische Unternehmen dar.³⁹ Kopenhagen war in dieser Hinsicht ein falsches Signal an die Wirtschaft. Anstatt Anreize zur Investition in grüne Technologien zu schaffen, wurde Unsicherheit verbreitet, was die Unternehmen weiterhin eher in herkömmliche Bereiche investieren lässt.⁴⁰ Über entsprechende Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Steuererleichterungen, günstige Kredite oder erleichterten Marktzugang, kann Politik hier notwendige Wirtschaftsanreize setzen.⁴¹ Für China ist der im Kyoto-Protokoll vereinbarte *Clean Development Mechanism* (CDM) von großer Bedeutung. Er sieht vor, dass Unternehmen aus Industrieländern durch Maßnahmen zur CO₂-Einsparung in Entwicklungsländern Verschmutzungsrechte erhalten. Ziel ist es, den absoluten Schadstoffausstoß zu verringern und zu einem Technologietransfer aus den entwickelten in die sich entwickelnden Länder beizutragen. Etwa ein Drittel der Aktivitäten dieses weltweit angewandten Mechanismus finden in China statt. Eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes oder ein substanzieller Technologietransfer gingen damit bislang nicht einher.⁴² Außerdem gilt es, Unternehmen in ihrem Verantwortungsbewusstsein zu stärken und *Corporate Social Responsibility*-Maßnahmen im Umwelt- und Energiebereich voranzutreiben. Insbesondere ohne internationales Rahmenabkommen, welches weiterhin *das* erstrebenswerte Ziel sein muss, bedarf es in oben genannten Bereichen einer noch stärkeren Kooperation zwischen deutschen und chinesischen Unternehmen, um so eine klimafreundliche und energieeffiziente Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen.

Weitere Möglichkeiten im Klimaschutz ergeben sich durch Städte- und Universitätspartnerschaften sowie durch die Kooperation von Forschungseinrichtungen.⁴³ Hier kann in verschiedensten Bereichen, wie zum Beispiel bei der Städte- und Bauplanung, technisches Wissen im Umwelt- und Energiebereich verbreitet und ausgetauscht sowie ein gegenseitiges Verständnis gefördert werden.⁴⁴

Neben diesen konkreten Handlungsfeldern, wurde in Interviews mit chinesischen Akteuren der Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung zweier grundlegender Aspekte geäußert: Zum einen wurde im Zusammenhang mit Kooperationen ein oft mangelndes Wissen bezüglich soziokultureller und politischer Besonderheiten Chinas beklagt.⁴⁵ Unsere InterviewpartnerInnen formulierten daher den Bedarf nach mehr Wissen über China. So ist es beispielsweise von besonderer Bedeutung, die anfangs erwähnte innerchinesische Fragmentierung zu kennen, um an entsprechenden Ebenen anknüpfen zu können. Ausschließlich auf zentralstaatlicher Ebene geschaffene Maßnahmen werden aufgrund der eingangs beschriebenen Implementierungsprobleme auf lokaler Ebene oft nicht umgesetzt.⁴⁶ Aufgrund großer Heterogenität der verschiedenen chinesischen Regionen hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft fordern einige chinesische Intellektuelle, dass reichere Regionen im Klimaschutz stärker in die Verantwortung genommen werden sollen.⁴⁷ Auch wenn diese Idee in China selbst noch sehr umstritten ist, zeigt dieser Vorstoß jedoch, wie vielfältig die Meinungen auch innerhalb des Landes sind. Ein weiterer grundlegender Aspekt, der von chinesischen Akteuren immer wieder betont wird, ist die Notwendigkeit, über die Möglichkeiten und Potenziale einer *low-carbon-society* aufzuklären und die vermeintliche Unvereinbarkeit von Wirtschaftswachstum auf der einen und Klimaschutz auf der anderen Seite zu widerlegen.⁴⁸ Studien haben

38 Interview mit Wang Xiangyi 2009.

39 Liu 2009.

40 Interview mit Dirk Messner 2009.

41 Holzer/Zhang 2008: 226.

42 Oberheitmann/Sternfeld 2009: 140.

43 Holzer/Zhang 2008: 226.

44 Interview mit Dirk Messner 2009.

45 Interview mit Jiliang Chen 2009.

46 Heberer/Senz 2008.

47 Interview mit Christine Loh 2009.

48 Liu 2009: 94 f.

diesen vermeintlichen *trade off* bereits untersucht und stellten fest, dass sich eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums von CO₂-Emissionen nicht nur bewerkstelligen lässt, sondern sogar ökonomisch erstrebenswert ist.⁴⁹

Literatur

Ackermann, Frank et al. (2009): *The Economics of 350: The Benefits and Costs of Climate Stabilization*, Stockholm.

Chinese Government's Official Web Portal (2009): China will not swerve from emission cut target: official, http://english.gov.cn/2009-11/27/content_1474488.htm (8.2.2010).

Chen, Jiliang (2009): Interview über Chinas Haltung in der internationalen UN-Klimaverhandlung in Kopenhagen. 12.12.2009 in Kopenhagen.

Dröge, Susanne (Hrsg.) (2009): *Die internationale Klimapolitik: Prioritäten wichtiger Verhandlungsmächte*. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Hallding, Karl / Han, Guoy / Olsson, Marie (2009): China's Climate- and Energy-security Dilemma: Shaping a New Path of Economic Growth, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 38 (3): 119–134.

Harmeling, Sven et al. (2007): China und der Globale Klimawandel: Die doppelte Herausforderung. <http://www.germanwatch.org/klima/klichi07.pdf> (5.3.2010).

Harris, Paul G. (2008): China's Road to Destruction: Following the West on Global Warming, in: *Global Asia* 4, 2008. http://globalasia.org/pdf/issue8/v3n4_Harris.pdf (1.3.2010).

Heberer, Thomas / Senz, Anja-D. (2009): China als globale ökologische Bedrohung?, in: Altner, Günter et al. (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2009, Analysen und Perspektiven*, Stuttgart.

Heberer, Thomas / Senz, Anja-D. (2008): Chinas Umweltpolitik zwischen Implementationsproblemen und internationaler Kritik, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht*, 4: 567–589.

Holzer, Constantin / Zhang, Haibin (2008): The potentials and limits of China-EU cooperation on climate change and energy security, in: *Asia Europe Journal*, 6: 217–227.

Hu, Jintao (2009): Join Hands to Address Climate Challenge, Statement at the Opening Plenary Session of the United Nations Summit on Climate Change, <http://www.fmprc.gov.cn/eng/topics/hujintaoG20fenghui/t606275.htm> (22.9.2009).

Lewis, Joana I. (2007): China's Strategic Priorities in International Climate Change Negotiations, in: *The Washington Quarterly*, 31 (1), 155–174.

Loh, Christine (2009): Interview über Chinas Haltung in der internationalen UN-Klimaverhandlung in Kopenhagen. 13.12.2009 in Kopenhagen.

Liu, Junbo (2009): Response to Climate Change: China's Actions and Cooperation with EU, in: *China International Studies*. März/April 2009: 81–95.

Messner, Dirk (2009): Interview über Chinas Haltung in der internationalen UN-Klimaverhandlung in Kopenhagen. 22.12.2009 in Bonn.

Müller-Kraenner, Sascha (2010): Weichenstellung statt Katerstimmung. Nach dem Kopenhagen-Debakel braucht Europa eine effektive Klimastrategie, in: *Internationale Politik online exklusiv*, http://ecologic.eu/download/zeitschriftenartikel/mueller-kraenner/Weichenstellung_statt_Katerstimmung_IP_2010.pdf (12.1.2010).

Oberheitmann, Andreas / Sternfeld, Eva (2009): Climate Change in China – The Development of China's Climate Policy and Its Integration into a New International Post-Kyoto Climate Regime, in: *GIGA – Journal of Current Chinese Affairs*, 3: 135–164.

49 Ackermann et al. 2009.

People's Republic of China, National Development and Reform Commission (2009): Implementation of the Bali Roadmap: China's Position on the Copenhagen Climate Change Conference, http://en.ndrc.gov.cn/newsrelease/t20090521_280382.htm (3.3.2010).

PricewaterhouseCoopers (2009): Low Carbon Economy Index: Executive Summary, <http://www.pwc.de/files/RepositoryItem/low-carbon-economy-index-summary.pdf?itemId=12663015> (2.3.2010).

Rommeney, Dirk (2008): Climate and Energy Policy in the People's Republic of China. An Overview concerning Chinese Domestic Laws, and the Instruments and Measures of Climate Change Mitigation, http://www.boell.org/downloads/HBF_China_Climate_Policy.pdf (15.3.2010).

United Nations (2008): Investment and Financial Flows to Address Climate Change: An Update. Technical Paper, FCCC/TP/2008/7, <http://unfccc.int/resource/docs/2008/tp/07.pdf> (15.3.2010).

United Nations (2009): Copenhagen Accord, FCCC/CP/2009/L.7, 18 December 2009, <http://unfccc.int/resource/docs/2009/cop15/eng/l07.pdf> (15.3.2010).

Wacker, Gudrun (2009): China in den Klimaverhandlungen: Zentrale Rolle zwischen den Stühlen, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): Die internationale Klimapolitik. Prioritäten wichtiger Verhandlungsmächte. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin: 49–60.

Wang, Xiangyi (2009): Interview über Chinas Haltung in der internationalen UN-Klimaverhandlung in Kopenhagen. 13.12.2009 in Kopenhagen.

(V) Chinas Rolle im internationalen Finanzsystem – Auswirkungen der Finanzkrise¹

Mara Drochner, Mareike Eberz, Yulia Glagoleva, Anja Kopyra

Executive Summary

The impact of the global financial crisis has left its marks on the world, including widespread consequences for emerging countries, such as the People's Republic of China. After experiencing an on average double-digit growth for more than thirty years, China has suffered high numbers of job losses along with a rising danger of social unrest due to the economic slowdown. Having implemented immediate rescue measures, such as the launch of a large scale national financial stimulus package, China is exiting the crisis in a relatively strong position compared to the rest of the world. This economic strength is accompanied by China's demand for a stronger voice on the political world agenda, manifesting itself in a more self-confident and proactive appearance on the international arena, for instance by calling for comprehensive reforms of the global monetary systems. This article seeks to examine China's changing role in the aftermath of the financial crisis by exploring the country's shifting behaviour in international financial institutions, such as the G20, the World Bank and the International Monetary Fund. As a first step, the People's Republic's performance in overcoming the crisis will be critically analyzed on the basis of its stabilizing effects on the world economy. Secondly, China's new role as a supposed "agenda setter" will be thoroughly discussed within the broader framework of the G20, portraying the country's institutional, thematic and financial reform proposals for restructuring the Bretton Woods Institutions. Finally, a conclusion will be drawn from the pertinent research findings and presented along with a decisive judgement on potential future partnerships with Germany, grounded on common focal points and links with regard to the ongoing financial reform processes.

1 Einleitung

Chinas wirtschaftliche Entwicklung ist seit mehr als drei Jahrzehnten von einer enormen Dynamik geprägt, die mit der marktwirtschaftlichen Reform- und Öffnungspolitik des Landes seit 1978 einhergeht.² Während das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen vor dreißig Jahren noch 151 US\$ betrug, lag es 2008 bei 4 660 US\$,³ was einer jährlichen Wachstumsrate von durchschnittlich rund 10 % entspricht. Aufgrund der Größe des Landes, insbesondere in Anbetracht seiner Einwohnerzahl von derzeit 1,3 Milliarden,⁴ geht der ökonomische Aufstieg Chinas automatisch einher mit weitreichenden Veränderungen für das internationale System. Diese sollen im Folgenden am Beispiel der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise näher erläutert werden.

Wie andere Länder musste auch die chinesische Wirtschaft seit dem Ausbruch der Finanzkrise in den USA im August 2007⁵ Einbußen hinnehmen.⁶ Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2007 noch um 12,9 % anstieg, fiel das Wirtschaftswachstum im Jahr 2008 auf 9 % zurück, im ersten Halbjahr des Jahres 2009 sogar auf 6,1 %.⁷ Damit hatte sich das relative Wirtschaftswachstum der Volksrepublik innerhalb von weniger als zwei Jahren nahezu halbiert.

1 Es sei an dieser Stelle unseren InterviewpartnerInnen für die interessanten und aufschlussreichen Gespräche gedankt: Frau Dr. Doris Fischer, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn; Herrn Thorsten Giehler, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Berlin; Herrn Dr. Hanns G. Hilpert, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin sowie Herrn Dr. Peter Wolff, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn.

2 Qin 2009: 53 ff.

3 HBS 2009: 51.

4 CIA 2009.

5 Yin 2009: 24.

6 Wöhler 2009.

7 China Statistics Press 2009: Table 2f.

Zur Bewältigung der Krise hat China ein beispielloses Konjunkturprogramm initiiert, das mit mehr als 13 % des BIPs von 2008 eines der umfangreichsten im internationalen Vergleich ist.⁸ Das entschiedene makro-ökonomische Handeln der chinesischen Regierung ist von Erfolg gekürt: Seit Ende 2009 erzielt die Volksrepublik wieder quartalsweise Wachstumsraten im zweistelligen Bereich (10 % im letzten Quartal 2009) und hat mit einem Gesamtwirtschaftswachstum von 8,7 % im Krisenjahr 2009 sogar ihre offiziellen Zielvorgaben von 8 % übertroffen.⁹ Angesichts dieser relativ raschen Wirtschaftserholung geht die Volksrepublik China im internationalen Vergleich gestärkt aus der Finanzkrise hervor. Diese wirtschaftliche Stärke münzt China in ein zunehmend selbstbewusstes und proaktives Auftreten auf internationalem Parkett um¹⁰, welches in verschiedenen Bereichen des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems identifiziert werden kann.

2 Chinas Antwort auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise

Nationales Konjunkturprogramm: Um die nationale Wirtschaft anzukurbeln und dadurch soziale und politische Instabilität zu verhindern, verabschiedete die chinesische Regierung ein Konjunkturprogramm von insgesamt rund 458 Mrd. Euro. Aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und des ökonomischen Gewichts Chinas im internationalen System leistete die durch das Investitionspaket erreichte Stabilisierung des chinesischen Marktes auch einen wichtigen Beitrag für die Weltwirtschaft. Zwar war dieser Nebeneffekt nicht primär von der chinesischen Regierung intendiert, aber dennoch wurde Chinas Konjunkturprogramm international äußerst positiv als Antwort auf die Finanzkrise begrüßt.¹¹ Der wichtigste Beitrag der Volksrepublik China für die internationale Wirtschaft ist die Stabilisierung des eigenen Marktes.

Ausländische Direktinvestitionen: Die Finanzkrise hat zu einer drastischen Senkung der globalen ausländischen Direktinvestitionen geführt. Chinas Auslandsinvestitionen sind jedoch im Jahr 2009 in den ersten drei Quartalen gestiegen, da die chinesische Regierung aktiv Privatunternehmen unterstützt hat, damit diese weiterhin im Ausland investieren konnten.¹² Die Krise bietet den Unternehmen aus China eine einzigartige Chance, die Währungsreserven effektiver zu nutzen und Zugang zu neuen Märkten, vor allem in Sektoren wie Energieressourcen, Finanzdienstleistungen, Forschung und Entwicklung, zu erlangen. Beispielsweise haben Investoren aus China Abkommen in Höhe von 44 Mrd. US\$ mit großen energie- und rohstoffproduzierenden oder -verarbeitenden Unternehmen in Russland, Kasachstan, Brasilien und Venezuela unterzeichnet. Neben dem eigennützigen Zweck der Ressourcensicherung sind die chinesischen Investitionen aber auch wichtig für die Nehmerländer, die im Zuge der Krise besonders stark unter dem Ölpreisverfall leiden. Neben weit geäußelter Kritik an der Praxis chinesischer Auslandsinvestitionen können diese sowohl zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit in den betreffenden Ländern beigetragen als auch wichtige Impulse für die Weltwirtschaft leisten.¹³

Anstrengungen gegen Protektionismus: Obwohl China weiterhin Währungsprotektionismus vorgeworfen werden kann, versucht die Regierung im Zuge der Finanzkrise protektionistische Maßnahmen in der Weltwirtschaft entgegenzuwirken. Trotz sinkender Exportraten hält die Volksrepublik die eigenen Importraten in der Krise stabil und hat beispielsweise Handelsverträge mit Deutschland im Wert von zehn Mrd. US\$ unterzeichnet.¹⁴ Durch die Einrichtung von Freihandelszonen mit Peru und den ASEAN-Staaten schränkt China durch den Abbau von Zöllen und technischen Handelsschranken den Protektionismus weiter ein.¹⁵ Diese Maßnahmen dienen vor allem dem Zweck, die eigenen Exporte in diese Länder zu steigern, da Chinas Wirtschaftswachstum maßgeblich von Exporten abhängig ist. Des Weiteren beabsichtigt China, die Zölle für 95 % der Exportprodukte aus den am wenigsten entwickelten

8 Schmidt 2009.

9 Weltbank 2009: 1; Erling 2010.

10 Fischer 2009.

11 Zhen 2009: 62 ff.

12 German 2009.

13 Jiang 2009: 1 f.

14 Botschaft der Volksrepublik China 2009.

15 Wen 2009: 5; Hein 2009.

Ländern im Jahr 2010 abzuschaffen, damit diese ihre Ausfuhren nach China steigern können.¹⁶ Dadurch versucht China sich als wichtiger globaler Akteur zu etablieren und seinen Einflussbereich zu erweitern.

Internationale Kredite: Aufgrund der enormen Devisenreserven, über die die Volksrepublik verfügt, konnte sich China in den letzten Jahren, vor allem aber im Rahmen der Finanzkrise, zu einem der größten internationalen Kreditgeber entwickeln. Die Volksrepublik vergibt auch in der Krise weiterhin Kredite an Schwellen- und Entwicklungsländer. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Sicherung von Marktzugang sowie Ressourcen ein zentrales Interesse Chinas darstellt. Beispielsweise hat China Kredite an Russland (im Wert von 18 Mrd. Euro) und an Brasilien (im Wert von 7 Mrd. Euro) vergeben, welche in den kommenden Jahren in Form von Öllieferungen zurückgezahlt werden.¹⁷ Premierminister Wen Jiabao erklärte zudem im November 2009, dass sich Beijing verpflichtet, Kreditzahlungen an afrikanische Länder zu verdoppeln.¹⁸ Die Kreditvergabepraxis der Volksrepublik stößt in der OECD-Welt oft auf harsche Kritik. Hierbei wird oft angeprangert, dass die Kredite nicht an Kriterien wie *Good Governance* gebunden sind, sondern reine Handels- und Konzessionsverträge darstellen. Trotz berechtigter Kritik können die chinesischen Kredite in der Finanzkrise zur Stabilisierung der Nehmerländer und zum Ausgleich von Liquiditätsproblemen beitragen. Die chinesische Zentralbank hat darüber hinaus auch sogenannte bilaterale Währungs-Swap-Abkommen¹⁹ im Wert von insgesamt 70 Mrd. Euro mit Südkorea, Hongkong, Malaysia, Belarus und Argentinien abgeschlossen.²⁰ Die Volksrepublik ist von einer stabilen Region und einer stabilen Weltwirtschaft abhängig und hat daher ein Interesse daran, für Stabilität zu sorgen, ebenso wie geostrategische Interessen durchzusetzen und Bündnispartner zu gewinnen. Des Weiteren kauft die Volksrepublik auch in der Finanzkrise US-amerikanische Staatsanleihen und Dollar-Devisen auf, wodurch der US-Dollar stabil gehalten und die amerikanische Wirtschaft vor dem Zusammenbruch bewahrt wird.²¹ China ist dadurch sozusagen zur „Bank von Amerika“ geworden. Gleichzeitig ist die Volksrepublik aber aufgrund der eigenen hohen Auslandsreserven und der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit den USA von einem stabilen Dollar-Kurs und einem funktionierenden amerikanischen Markt abhängig.²² Diese starken Interdependenzen in der Krise führen dazu, dass die USA weniger Druck auf China ausüben, was als Machtzugewinn Chinas gedeutet werden kann.

Regionale Institutionen: Im Rahmen des G20-Gipfels in London sprach sich Premierminister Wen Jiabao für regionale Währungs- und Finanzkooperationen als Instrument zur Stabilisierung der Weltwirtschaft aus.²³ Vor allem seit der Asienkrise 1997 wird regionale Finanzkooperation von den asiatischen Ländern als komplementärer Baustein zur internationalen Finanzarchitektur gesehen. Im Rahmen der Chiang Mai-Initiative, die kurz nach der Asienkrise ins Leben gerufen wurde und bilaterale Währungs-Swap-Abkommen fördert, initiierte die Volksrepublik im Dezember 2009 zusammen mit den ASEAN-Ländern sowie Japan und Südkorea den Asiatischen Währungsfonds. Der Fonds soll ab März 2010 multilaterale finanzielle Unterstützung in Form von Währungs-Swap-Transaktionen für seine Mitgliedsstaaten leisten, um die Folgen der Finanzkrise zu mildern und kurzfristige Liquiditätsdefizite zu überbrücken. Die Volksrepublik stellt hierfür 32 % des Kapitals zur Verfügung.²⁴ Auch hier steht für China die regionale Stabilität im Vordergrund, denn spätestens seit der Asienkrise ist sich China bewusst, dass Krisen in der Region und in den Nachbarländern auch Auswirkungen auf das eigene Land haben. Für China sind regionale Finanzkooperationen eine sinnvolle Alternative zu globalen Institutionen, bei denen China stark unterrepräsentiert ist und die primär von den Industrieländern beeinflusst werden.

16 Zhang 2009: 2.

17 Yin 2009: 42.

18 Chinesisches Handelsministerium 2009a.

19 Bei Währungs-Swap-Abkommen handelt es sich um Vertragsabkommen zwischen zwei Ländern, in dem Zins- und Kapitalzahlungen in unterschiedlichen Währungen ausgetauscht werden, um kurzfristige Liquiditätsdefizite zu überbrücken.

20 Chinesische Volksbank 2009a.

21 Yin 2009: 41.

22 Die chinesische Volksbank verkündete am 14. Oktober 2009, dass Chinas Fremdwährungsreserven im dritten Quartal um 100 Mrd. Euro auf eine Rekordsumme von 1536 Mrd. Euro angestiegen sind (German 2009).

23 Sennholz 2009.

24 Yin 2009: 41; Chinesische Volksbank 2009b.

Internationale Organisationen: Zudem engagiert sich China bei der Finanzierung internationaler Finanzorganisationen und beteiligt sich aktiv an deren Krisenmanagement-Aktivitäten. Beispielsweise hat China zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beschlossen, Anleihen im Wert von knapp 35 Mrd. Euro zu kaufen.²⁵ Die Volksrepublik einigte sich darüber hinaus mit der Internationalen Finanz-Corporation (IFC), einem Arm der Weltbank zur Förderung des privaten Sektors in Entwicklungsländern, private Anleihen der IFC zu kaufen.²⁶ Des Weiteren wurde China im Januar 2009 zu einem Mitglied der Interamerikanischen Entwicklungsbank und leistet finanzielle Unterstützung für die ökonomische Entwicklung und Armutsreduzierung in Lateinamerika und in der Karibik.²⁷

3 Chinas Rolle als Agenda-Setter in der G20

China scheint grundsätzlich bereit zu sein, mehr Verantwortung im internationalen Finanzsystem zu übernehmen und mehr Mittel für internationale Finanzinstitutionen bereitzustellen. Hierfür fordert die Volksrepublik aber auch ein größeres Mitspracherecht bei der Umgestaltung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems ein und übernimmt eine zunehmend aktivere Rolle als „Agenda-Setter“. Bisher bei internationalen Konferenzen im Auftritt eher zurückhaltend und diplomatisch vorsichtig, will China nun im Rahmen der G20 und der internationalen Finanzinstitutionen eine größere Rolle spielen. Im Zuge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Stellenwert der G20 bedeutend zugenommen. Das Mandat der G20 ist das eines informellen Forums, welches eine offene und konstruktive Diskussion zwischen Industrie- und Schwellenländern zu Themen des globalen Wirtschaftssystems fördert.²⁸ China misst der G20 eine hohe Bedeutung bei und will diese als Plattform für weltpolitische Entscheidungen stärken, nicht zuletzt aufgrund des größeren Gewichts, das die Volksrepublik in der G20 im Vergleich zu anderen multilateralen Foren innehat.²⁹ Die Volksrepublik trägt im Rahmen der G20 selbstsicher Lösungsvorschläge für die aktuelle Krise vor und fordert in diesem Zusammenhang die Reformierung der internationalen Finanzinstitutionen. Im Folgenden wird auf die wichtigsten konkreten Forderungen Chinas für den IWF und die Weltbank eingegangen, welche sowohl den institutionellen, inhaltlichen als auch den finanziellen Bereich der beiden Organisationen betreffen.

Reformvorschläge für den institutionellen Bereich: Eine der wichtigsten Forderungen, die China im Rahmen der G20 kontinuierlich vorbringt, betrifft die Stimmenverteilung in den beiden Bretton Woods-Institutionen. In einer Pressekonferenz vor dem G20-Treffen in Pittsburgh im September 2009 sagte Zhu Guangyao, der stellvertretende Finanzminister Chinas, dass Industrieländer auf der einen und Entwicklungs- und Schwellenländer auf der anderen Seite ein Stimmengleichgewicht von 50 % zu 50 % haben sollten.³⁰ Für den IWF würde dies einer siebenprozentigen und für die Weltbank einer sechsprozentigen Quotenverschiebung zugunsten der Entwicklungs- und Schwellenländer entsprechen.³¹ Langfristig fordert China eine dynamische Quotenregelung für beide Institutionen, die auf der jeweils aktuellen Wirtschaftskraft der Mitgliedsländer basiert.³² Bezüglich der Umverteilung der Stimmenanteile können bereits erste Erfolge verzeichnet werden. China konnte zusammen mit anderen Ländern im Rahmen des G20-Treffens in Pittsburgh im September 2009 eine Stimmenverteilung zugunsten der Entwicklungs- und Schwellenländer durchsetzen: Im Abschlussdokument heißt es, dass die G20-Staaten eine mindestens fünfprozentige Verschiebung der Stimmenanteile beim IWF und eine mindestens dreiprozentige Verschiebung der Stimmenanteile bei der Weltbank fordern, mit dem längerfristigen Ziel, die von China geforderte dynamische Quotenregelung für die Weltbank einzuführen.³³ Ein weiteres Anliegen Chinas, das im Rahmen der G20 gefordert wird, ist das Voranbringen einer breiten Reform der Verwaltungsstruktur der beiden internationalen Finanzinstitutionen: Die Besetzung der Führungskräfte soll einem

25 Xin 2009.

26 Chinesisches Handelsministerium 2009b.

27 Chinesische Volksbank 2009c.

28 G20 2010.

29 Bartsch 2009.

30 China Daily Website 2009a.

31 Ebd.

32 Yi 2009: 3.

33 G20 2009b: 3.

offenen, transparenten und leistungsorientierten Auswahlprozess folgen, und der Anteil des Verwaltungspersonals aus Schwellen- und Entwicklungsländern soll erhöht werden.³⁴ Auch diese Forderung wurde auf dem G20-Treffen in Pittsburgh im September 2009 in das Abschlussdokument aufgenommen.³⁵ Dieses eingeforderte stärkere Gewicht von Entwicklungs- und Schwellenländern in den internationalen Finanzinstitutionen würde China ermöglichen, durch die Unterstützung der Länder des Südens den eigenen Gestaltungsspielraum auszubauen.

Reformvorschläge für den inhaltlichen Bereich: Vor allem für den IWF sind Chinas Reformbemühungen umfassend. Im März 2009 sprach sich der Leiter der chinesischen Zentralbank beispielsweise für die Ablösung des US-Dollars als internationale Leitwährung durch eine supranationale Reservewährung aus.³⁶ Dieser Vorschlag ist nicht als konkrete Forderung, sondern als ein Signal an die internationale Gemeinschaft zu verstehen: China geht die Krise durch eigene Reformen an und ist nicht länger gewillt, die exzessive Finanz- und Wirtschaftspolitik der US-amerikanischen Regierung wortlos hinzunehmen.³⁷ Des Weiteren fordert China den IWF auf, eine stärkere Aufsichts- und Kontrollfunktion für die internationalen Finanzmärkte, vor allem die der Industrieländer, wahrzunehmen³⁸ und in diesem Kontext auch ein effektiveres Frühwarnsystem zu entwickeln.³⁹ Diese Forderung wurde von der G20 angenommen,⁴⁰ und ein Frühwarnmechanismus ist bereits unter der Leitung vom IWF entwickelt worden.⁴¹ Für die Arbeit der Weltbank fordert die Volksrepublik vor allem die Refokussierung auf Armutsbekämpfung und die Neufokussierung auf den Klimawandel. Yi Gang, stellvertretender Präsident der chinesischen Zentralbank, forderte im Oktober 2008 die Weltbank dazu auf, im Rahmen der Klimarahmenkonferenz der Vereinten Nationen und des Kyoto-Protokolls weiterhin Armut zu bekämpfen und den Transfer von *low carbon*-Technologien zu fördern und Empfängerländer bei ihren Anpassungsanstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen.⁴² Auch diese Forderungen Chinas wurden im Rahmen der G20 angenommen und im Abschlussdokument von Pittsburgh im September 2009 festgehalten.⁴³

Reformvorschläge für den finanziellen Bereich: China fordert sowohl für den IWF als auch für die Weltbank, dass mehr Ressourcen für Entwicklungsländer bereitgestellt werden.⁴⁴ Um dies zu ermöglichen, spricht sich China für eine Mittelaufstockung beider Institutionen aus.⁴⁵ Auch diese Vorschläge konnten sich im Rahmen der G20 durchsetzen: Beim G20-Treffen in London wurde beschlossen, dass die dem IWF zur Verfügung stehenden Ressourcen verdreifacht werden und somit einem Betrag von 750 Mrd. US-Dollar entsprechen sollen.⁴⁶

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es China unter dem Druck der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zusammen mit anderen Schwellenländern gelungen ist, jahrelang geforderte Reformschritte für den IWF und die Weltbank auf die Agenda der an Bedeutung gewinnenden G20 zu setzen und gegenüber den Industrieländern durchzusetzen.

4 Einordnung des Verhaltens Chinas in der Krise

Die Volksrepublik hat sich in den letzten Jahrzehnten durch die Ausweitung ihrer Handelsbeziehungen, die Tätigung ausländischer Direktinvestitionen und die Vergabe von Auslandskrediten zunehmend in die globale Weltwirtschaft integriert. Aufgrund dieser vielfältigen Verflechtungen ist die Stabilität des internationalen Finanzsystems maßgeblich mit Chinas Verhalten verknüpft, was mit internationalen For-

34 China Daily Website 2009b.

35 G20 2009b: 11.

36 Zhou 2009.

37 Hilpert 2010.

38 Zhou 2008.

39 Zhou 2009.

40 G20 2009a: 3 f.

41 IWF 2009.

42 Yi 2008: 5.

43 G20 2009b: 12.

44 Yi 2009: 1.

45 Nachweis Weltbank: vgl. Ministerium der Volksrepublik China für Auswärtiges 2009; Nachweis IWF: Yi 2009: 3.

46 G20 2009a: 1.

derungen nach einer erhöhten Verantwortungsübernahme der Volksrepublik einhergeht.⁴⁷ Gleichzeitig strebt die drittgrößte Handelsnation der Welt nach einem ihr angemessenen Rang in der globalen Finanz- und Wirtschaftsordnung⁴⁸ und nutzt die Krise als Chance, um dieses Ziel zu erreichen. Schon während der Asienkrise 1997 hatten Chinas Krisenmanagement-Maßnahmen eine stabilisierende Wirkung auf die Region.⁴⁹ Auch in der gegenwärtigen Krise agiert China als pragmatischer, auf eigene Stabilität abzielender Akteur, dessen Handeln aufgrund des weltwirtschaftlichen Gewichts automatisch auch eine globale Wirkung hat. Zentrales Motiv für Chinas verstärktes Engagement ist das pragmatische Streben nach sozialer Stabilität.⁵⁰ Um diese zu gewährleisten, setzt China auf wirtschaftliches Wachstum, welches aufgrund Chinas starker Integration in die Weltwirtschaft nur durch ein stabiles Weltwirtschafts- und Finanzsystem gewährleistet werden kann. Darüber hinaus nutzt die Volksrepublik die Finanzkrise und die relative Schwäche der Industrieländer, um seine Wirtschaftsmacht in politische Macht umzusetzen und eigene Interessen in die Reformgespräche einzubringen. Ein weiterer Grund, weshalb China sich verstärkt engagiert, ist das Streben nach einem besseren Image und Prestige im internationalen System sowie der Gewinn von geostrategischen Bündnispartnern, die China bei der Durchsetzung der eigenen Interessen unterstützen. Darüber hinaus kann das Verhalten Chinas auch als Weltmachtpositionierung im Gegengewicht zu den USA gedeutet werden. Die Volksrepublik will sowohl die hegemoniale Stellung der USA als auch die ungleiche Repräsentation von Entwicklungs- und Schwellenländern auf der einen und Industrieländern auf der anderen Seite in der *Global Governance*-Architektur nicht länger hinnehmen.

5 Ist China bei der Reform des internationalen Finanzsystems ein Partner für Deutschland?

An einer Integration der aufstrebenden Schwellenländer in die internationale Finanz-, Wirtschafts- und Entwicklungshilfearchitektur führt kein Weg mehr vorbei, und eine Reform des internationalen Finanzsystems ist heutzutage ohne China nicht mehr denkbar. Wie dieser Beitrag verdeutlicht hat, wird sich die Volksrepublik aber nicht mehr einfach in das bestehende Rahmenwerk einfügen, sondern es wird sich vielmehr eine Synthese aus etablierten Ansätzen und neuen Strategien aufstrebender Staaten durchsetzen. Darüber hinaus gibt es diesbezüglich genügend gemeinsame Interessen Chinas und Deutschlands. Die prägnanteste Gemeinsamkeit Deutschlands und Chinas dürfte der Status als Exportnation sein. Daraus leiten sich einige gemeinsame Interessen und somit auch Forderungen für die Reformierung des gegenwärtigen internationalen Finanzsystems ab. Beide Länder fordern eine verstärkte Aufsicht und Kontrolle der Finanzmärkte durch den IWF sowie ein effektiveres Frühwarnsystem und eine stärkere Regulierung der Banken. Des Weiteren ist für die beiden Exportländer zentrales Anliegen, eine globale Welle des Protektionismus zu verhindern und ausländische Direktinvestitionen zu fördern. Diesbezüglich haben beide Regierungen bereits angekündigt, die Zusammenarbeit in der Krise voranzutreiben.⁵¹ Deutschland setzt sich, ebenso wie China, im Rahmen der Bretton Woods-Institutionen für eine Mittelaufstockung und eine umfangreichere Förderung von Entwicklungsländern ein. Bei der inhaltlichen Fokussierung auf Armutsbekämpfung und Klima sind die unterschiedlichen und teilweise konträren Verständnisse von Klima- und Entwicklungsstrategien beider Länder zu beachten. Kooperationsmöglichkeiten zwischen Deutschland und China müssen in Anbetracht Chinas Primat nationaler Interessen vor multilateralen Lösungen relativiert werden. Dennoch kann Deutschland diesen Klima- und Armutsfokus der chinesischen Reformvorschläge aufgrund seiner Expertise, beispielsweise durch die Förderung und Bereitstellung grüner Technologie für Entwicklungs- und Schwellenländer, im Rahmen der Weltbank unterstützen.⁵² Damit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte und der Wirtschaftskrise nicht auch ein unumkehrbarer Wandel des globalen Klimasystems und eine Entwicklungskrise folgt, müssen

47 Cook/Lam 2009: 1.

48 Sauer/Sell 2009: 12.

49 Gießmann 2009: 7.

50 Wolff 2009.

51 RPO 2009.

52 BMWi 2009.

die internationalen Entwicklungsinstitutionen, vor allem IWF und Weltbank, reformiert werden. Die G20 ist derzeit das zentrale Entscheidungsforum, in dem Reformen vorangebracht werden und in dem Deutschland zusammen mit China und anderen internationalen Entscheidungsträgern globale Herausforderungen gemeinsam bearbeiten und lösen kann.

Literatur

Bartsch, Bernhardt (2009): China will G20 als Hebel nutzen, in: Berliner Zeitung, 21.9.2009, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0921/wirtschaft/0015/index.html> (5.2.2010).

Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland (2009): Deutschland und China unterzeichnen Verträge im Wert von 10 Mrd. US\$, <http://www.china-botschaft.de/det/jmwl/t539551.htm> (5.2.2010).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2008): Allgemeine Wirtschaftspolitik: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Sonderheft Finanzkrise. Berlin.

Central Intelligence Agency (CIA) (2009): The World Factbook. China Country Page, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ch.html> (5.2.2010).

China Daily Website (2009a): China wants moves on IMF voting at G20, http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-09/15/content_8695038.htm (5.2.2010).

China Daily Website (2009b): China urges quicker reform by IMF, WB, http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-10/06/content_8765828.htm (5.2.2010).

China Statistics Press (2009): China Statistical Yearbook. Beijing: National Bureau of Statistics.

Chinesische Volksbank (2009a): Strengthen Regional Financial Cooperation and Actively Conduct Currency Swap, <http://www.pbc.gov.cn/english//detail.asp?col=6400&ID=1299&keyword=StrengthenRegionalFinancialCooperationandActivelyConductCurrencySwap> (7.2.2010).

Chinesische Volksbank (2009b): Joint Press Release. The Establishment of the Chiang Mai Initiative Multilateralization, <http://www.pbc.gov.cn/showacc2.asp?id=2801> (7.2.2010).

Chinesische Volksbank (2009c): Boost Trade Finance in Fulfillment of G20 Summit Commitments, <http://www.pbc.gov.cn/english//detail.asp?col=6400&ID=1300&keyword=:BoostTradeFinanceinFulfillmentofG20SummitCommitments> (7.2.2010).

Chinesisches Handelsministerium (2009a): China pledges \$ 10 billion in loans to Africa, <http://english.mofcom.gov.cn/aarticle/counselorsreport/europereport/200911/20091106608766.html> (7.2.2010).

Chinesisches Handelsministerium (2009b): China agrees to increase trade credit at World Bank, <http://english.mofcom.gov.cn/aarticle/counselorsreport/europereport/200903/20090306126339.html> (7.2.2010).

Cook, Sarah / Lam, Wing (2009): The Financial Crisis and China: What are the Implications for Low Income Countries?, <http://www.ids.ac.uk/download.cfm?objectid=C3781CCA-992B-30CA-0D2DBE1CAF139241> (9.3.2010).

Erling, Johnny (2010): Chinas Führung erklärt Finanzkrise für beendet, in: Welt Online Wirtschaft, <http://www.welt.de/wirtschaft/article5927126/Chinas-Fuehrung-erklaert-Finanzkrise-fuer-beendet.html> (7.2.2010).

Fischer, Doris (2009): Telefonisches Interview am 15.12.2009. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

G20 (2009a): The Global Plan for Recovery and Reform – April 2, 2009, <http://www.g20.org/Documents/final-communique.pdf> (7.2.2010).

- G20 (2009b): Leaders' Statement at the Pittsburgh Summit – September 24–25, 2009, http://www.g20.org/Documents/pittsburgh_summit_leaders_statement_250909.pdf (7.2.2010).
- G20 (2010): About G20, http://www.g20.org/about_what_is_g20.aspx (7.2.2010).
- German.china.org (2009): Chinesische Fonds können mehr im Ausland investieren, http://german.china.org.cn/business/txt/2009-10/28/content_18783216.htm (7.2.2010).
- German.cri.cn (2009): Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmen sollen gerecht betrachtet werden, <http://german.cri.cn/1565/2009/11/03/1s125461.htm> (4.3.2010).
- Giehler, Thorsten (2009): Telefonisches Interview am 18.12.2009. Berlin: Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).
- Gießmann, Hans J. (2009): Länderanalyse: Weltmacht oder Scheinriese? Chinas Öffnungspolitik auf dem Prüfstand, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06736.pdf> (9.3.2010).
- Hein, Christoph (2009): „Asien plant eine Freihandelszone“, <http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC-6C23161FE44/Doc~E7ADD5EE9E737498186922DF9648EB298~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (6.3.2010).
- Hilpert, Hanns Günther (2010): Telefonisches Interview am 18.1.2010. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).
- Internationaler Währungsfonds (IWF) (2009): Factsheet IMF-FSB Early Warning Exercise, <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/ewe.htm> (5.2.2010).
- Jiang, Dong (2009): China accelerates investment overseas with diversification of forex assets, in: China Economic News, 44/2009: 1–2.
- Ministerium der Volksrepublik China für Auswärtiges (2009): Third Financial Summit of the G-20 Leaders takes place in Pittsburgh – Hu Jintao attends the Summit and delivers an Important Speech, <http://www.fmprc.gov.cn/eng/wjbj/zjzg/gjs/gjxw/t616882.htm> (5.2.2010).
- Qin, Hui (2009): 30 Jahre Reform und Öffnung, in: Heinrich-Böll-Stiftung: Wie China debattiert. Neue Essays und Bilder aus China, Berlin: 53–62.
- RP-Online (RPO) (2009): Deutschland und China Seite an Seite, http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Deutschland-und-China-Seite-an-Seite_aid_666829.html (7.3.2010)
- Sauer, Beate / Sell, Friedrich L. (2009): Chinas großer Plan, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die Ordnung der Wirtschaft, 20.11.2009: 12.
- Schmidt, Dirk (2009): China und die internationale Finanzkrise, http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=80N33L (6.3.2010).
- Sennholz, Barbara (2009): Country Positions for the London Summit. Bretton Woods Project, <http://www.brettonwoodsproject.org/doc/wbimfroles/G20policypositions.pdf> (7.2.2010).
- Weltbank (2009): China Quarterly Update. November 2009. Beijing: Weltbank-Büro China.
- Wen, Hui (2009): China, Peru conclude FTA negotiations, in: China Economic News, 48: 5.
- Wöhler, Till (2009): Neue Herausforderungen bieten neue Chancen. Interview mit Michael Schäfer, dem deutschen Botschafter in China, in: German.China.org, http://german.china.org.cn/interview/2009-03/04/content_17375498.htm (6.3.2010).
- Wolff, Peter (2009): Telefonisches Interview am 14.12.2009. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE).
- Xin, Zhiming (2009): China's larger IMF role poses questions, http://www.chinadaily.com.cn/china/200910/20/content_8816150.htm (7.2.2010).
- Yi, Gang (2008): Statement at the IMF WBG Board of Governors' Annual Meeting – October 13, 2008, <http://www.imf.org/external/am/2008/speeches/pr16e.pdf> (7.2.2010).

Yi, Gang (2009): Statement at the Twentieth Meeting of the IMFC in Istanbul – October 4, 2009, <http://www.imf.org/External/AM/2009/imfc/statement/eng/chn.pdf> (7.2.2010).

Yin, Chengde (2009): Impact of International Financial Crisis and China's Role, in: *China International Studies*, 3/2009: 24–43.

Zhang, Mingquan (2009): China to adopt zero tariffs on 95 % products from least-developed countries, in: *China Economic News*, 41/2009: 2–3.

Zhen, Bingxi (2009): Global Economic Trend under the Current Financial Crisis and its Impact on China, in: *China International Study*, 4/2009: 44–73.

Zhou, Xiaochuan (2008): Statement at the Seventeenth Meeting of the International Monetary and Financial Committee in Washington – April 12, 2008, <http://www.imf.org/External/spring/2008/imfc/statement/eng/chn.pdf> (7.2.2010).

Zhou, Xiaochuan (2009): Reform the International Monetary System, <http://www.pbc.gov.cn/english/detail.asp?col=6500&id=178> (7.2.2010).

(VI) Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit im Kontext chinesischer Sicherheitspolitik

Hülya Dagli, Anganeta Dyck, Elvis Melia, Robin Pass

Executive Summary

New or expanded regional cooperation is a worldwide phenomenon, but the emergence of the Shanghai Cooperation Organization (SCO) was seen by many in the West as somewhat unique and worrisome. The SCO's members being China, Kazakhstan, Kirgizstan, Russia, Tajikistan and Uzbekistan, much has been written about the non-democratic nature of this suspicious assemblage. This article takes a different approach. It seeks to show the reasons for China's problem-solving ambitions in its Central Asian neighbourhood. After providing some background on the emergence and development of the SCO, core regional challenges in Central Asia are outlined. These are (a) an urge to overcome the various differences between the member states in order to enjoy better security and more prosperous economic relations. And (b) a collective discomfort with destabilizing regional entities, such as the proliferation of terrorism or a surging drugs trade. The final part of the paper points to an overlap in security concerns with the ISAF forces in Afghanistan, and suggests that there may be room for better cooperation. Germany could take the lead in a more cooperative approach toward the SCO. Pragmatic collaboration in the fields of counterterrorism, border security management and anti drugs trafficking could lead the way toward a better understanding of and better relations with China, notwithstanding ongoing differences on issues such as democracy or human rights.

1 Einleitung

Regionale Zusammenarbeit kann grob auf einem zweier möglicher Ziele basieren – gemeinsame Problemlösung im Rahmen offener Foren oder Allianzbildung gegen Dritte. So wird die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), wenn sie in westlichen Medien Beachtung findet, eher skeptisch und als potenzielle Bedrohung betrachtet. Dieses Bild eines autokratischen Schulter schlusses, der sich gegen westliche Demokratie verbreiter verteidigt, wird im Folgenden nicht weiter behandelt.¹ Vielmehr soll dieser Artikel zeigen, welche gemeinsamen Interessen es zwischen dem Westen und China trotz aller Spannungen in der zentralasiatischen Region² gibt. Daher wird im Folgenden Chinas Kernanliegen in der SOZ dargestellt, um gemeinsame Kooperationsfelder hinsichtlich der Herausforderungen in der zentralasiatischen Region zwischen Deutschland und China aufzuzeigen.

2 Entstehung und Agenda der SOZ

Die SOZ ist eine junge Organisation, deren Vorläufer, die *Shanghai Five*, 1996 ins Leben gerufen wurde. Die Gründerstaaten waren China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Anstoß für die Entstehung der *Shanghai Five* waren Grenzstreitigkeiten zwischen China, Russland und den neuen zentralasiatischen Staaten.³ Mit dem Beitritt Usbekistans wurde dann 2001 die SOZ ausgerufen.⁴

An der Entstehung der SOZ war China als treibende Kraft beteiligt, obwohl es sich in den Jahrzehnten zuvor nur zurückhaltend in multilateralen Organisationen engagiert hatte.⁵ Das rasante Wachstum der Volksrepublik führte zu einer Öffnung des Landes, so dass gute Beziehungen und wirtschaftliche Interaktion mit Nachbarstaaten zunehmend als Notwendigkeit für die eigene Prosperität angesehen wurden.⁶

1 Für eine Diskussion dieses nicht unumstrittenen Bildes siehe Ambrosio 2008 und Lukin 2007.

2 Neben den SOZ-Staaten (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan) werden hier Turkmenistan sowie die größere zentralasiatische Region mit ihren Grenzregionen Xinjiang und Afghanistan einbezogen (vgl. Kerr/Swinton 2008: 117).

3 Bailes et al. 2007: 4; Fravel 2005: 80.

4 In den Jahren 2004/2005 erhielten die Mongolei, Indien, der Iran und Pakistan Beobachterstatus (vgl. Maksutov 2006: 1).

5 Zwar befand sich China zu der Zeit bereits in WTO-Beitrittsverhandlungen und arbeitete auch an besserer regionaler Kooperation in Ost- und Südostasien, war jedoch nie an der Gründung einer eigenständigen Organisation beteiligt.

6 Chung 2006.

Außerdem sollte regionale Zusammenarbeit nach dem Zerfall der Sowjetunion die schwachen, neuen Staaten in Zentralasien unterstützen, um politischen Schwierigkeiten mit nationalen Minderheiten in der gesamten Region vorzubeugen.⁷ Die SOZ soll nun, so lässt das Gründungsdokument erkennen, neben gegenseitigen Vertrauensbildungsmaßnahmen und engerer wirtschaftlicher Kooperation, gemeinsam die Bekämpfung von „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ bewältigen, um dadurch Stabilität und Sicherheit in der Region zu erhalten.⁸ Bevor die spezifischen Anliegen Chinas in der SOZ erläutert werden, werden zunächst einige generelle Probleme skizziert, die durch die Organisation bearbeitet werden.

3 Herausforderungen der SOZ in Zentralasien

Innerhalb der SOZ sind einerseits Spannungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu lösen, andererseits bestehen Probleme mit Dritten, die gemeinsam zu bewältigen sind.

Die Interessenkonflikte zwischen den Staaten der SOZ sind vielfältig und komplex. Sie lassen sich aber unterteilen in: Spannungen unter den vier zentralasiatischen Staaten, Spannungen der einzelnen zentralasiatischen Staaten mit China und/oder Russland sowie Spannungen zwischen Russland und China selbst. Zwischen den zentralasiatischen Staaten bestehen nach zwei Dekaden der Unabhängigkeit immer noch örtliche Grenzstreitigkeiten. Auch das grenzüberschreitende Wasser der Aralseezuflüsse löst Konflikte um Nutzungsrechte und Staudammprojekte aus. Abmachungen, wonach die stromabwärts liegenden Länder (Usbekistan, Kasachstan) ihre höher gelegenen Nachbarn (Tadschikistan, Kirgisistan) für gemäßigte Wasserabzweigungen mit Gas- und Öllieferungen kompensieren sollen, erfüllen ihren Zweck nur sehr schlecht und intensivieren die Probleme zuweilen.⁹ Weitere Konfliktfelder bestehen im Zusammenhang mit Pipelineverläufen und darin, wer die regionale Vormachtstellung diesbezüglich inne hat.¹⁰ Spannungen zwischen den kleineren Ländern und ihrer ehemaligen Kolonialmacht Russland gibt es seit je her, da die jungen zentralasiatischen Nationen¹¹ sehr darauf bedacht sind, ihre Souveränität zu wahren.¹² Aber auch das Verhalten des zweiten großen Nachbarn wird in Zentralasien mindestens ebenso vorsichtig verfolgt. Die Verbindung zum aufstrebenden und durchaus investitionswilligen China bietet für die zentralasiatischen Staaten auf der einen Seite eine gute Möglichkeit, sich im Rahmen ihrer Ressourcenexporte von der dominanten Position Russlands etwas zu lösen. Gleichzeitig besteht für sie hierbei aber die Gefahr, dass ihre Binnenmärkte wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit von chinesischen Produkten überschwemmt werden.¹³ Derartige Vorbehalte zentralasiatischer Staaten gegenüber der wirtschaftlichen Expansion Chinas sowie damit einhergehende Migrationsströme spiegeln sich zurzeit in sporadischen, nationalistischen Bürgerprotesten in Zentralasien wider. So kam es zum Beispiel in Almaty, Kasachstan, Ende 2009 zu Unruhen im Zuge eines chinesischen Versuchs, dort Land zu erwerben.¹⁴ Zwischen China und Russland konnte ein Großteil der historischen Differenzen beigelegt werden, doch verbleiben Spannungen in dieser geographischen Region, an die beide grenzen.¹⁵ China versucht die SOZ als Plattform zu nutzen, um den eigenen Handel und die Energiekooperation mit den jeweiligen zentralasiatischen Staaten zu stärken. Dies trägt, trotz der deutlichen Entspannung, erneut Konfliktpotenzial in die sino-russische Beziehung, da Russland noch einen gewissen Anspruch auf die Region erhebt und bestrebt ist, die zentralasiatischen Energieexporte an Dritte mit zu kontrollieren.¹⁶

7 Lanteigne 2006: 606, der auf Karl Deutschs Konzept der *political community* verweist. Demnach hat eine neue, gemeinsame Wahrnehmung der Unsicherheit nach dem Kollaps der UdSSR den Anstoß zur regionalen Zusammenarbeit in der SOZ gegeben.

8 SCO 2002; 2006a.

9 Labert 2003: 14.

10 Zhao 2009: 113 f.; Sehring 2009: 23.

11 Zur Problematik der Begriffe Nation, Staat, Nationalstaat im Kontext Zentralasiens vgl. Kerr/Swinton 2008: 117 ff.

12 Zhao 2009: 111 f. Russland wird jedoch in Zentralasien immer noch als ein engerer Partner als z. B. China oder die USA angesehen (vgl. Economist 2010).

13 Kerr 2010: 139 f.; Lambert 2003: 10.

14 Economist 2010.

15 Kotkin 2009: 131 f.; Lo 2008: 17 ff., 110 ff.

16 Chinas dynamisch steigendes Handelsvolumen mit Zentralasien könnte Russlands in absehbarer Zeit übertreffen. Dies wird an Hand folgender Zahlen deutlich: Russlands Handelsvolumen mit Kasachstan betrug 1998 knapp 4 Milliarden US \$, und verdoppelte sich bis 2004 auf knapp über 8 Milliarden US \$. Chinas Handelsvolumen mit Kasachstan hingegen stieg von ca. 635 Millionen US \$ im Jahr 1998 um ein siebenfaches auf über 4,5 Milliarden US \$ im Jahr 2004 (vgl. Swanström et al. 2007: 387 f.). Zu Russlands geopolitischen Ansprüchen auf die Region vgl. Lo 2008: 98 ff.

Abb. 1: Karte zur chinesischen Provinz Xinjiang in Zentralasien

Quelle: www.stratfor.com.

Diese verschiedenen Spannungslinien zwischen den Mitgliedsstaaten stellen weiterhin Hindernisse für bessere regionale Zusammenarbeit dar. Gemeinsame Probleme mit Dritten fungieren hingegen eher als kooperationsförderndes Band.¹⁷ Die größten kollektiven Probleme sind dreierlei und stehen alle in Verbindung mit Afghanistan: der Drogenhandel und die damit einhergehende Kriminalität; islamistische Terroristen und deren Beziehungen zu verschiedenen Sezessionsbewegungen; und die regionale Präsenz der USA. Der afghanische Drogenexport stellt ein Entwicklungshindernis und ein gravierendes Sicherheitsproblem für die Region dar. Derzeit stammen 93 % der global hergestellten Opiate aus Afghanistan. Für deren Distribution werden die zentralasiatischen Staaten als Transitrouten nach Russland, China und Europa genutzt. Laut chinesischer Regierung stammen allein mindestens 20 % der Drogen, die nach China gelangen, direkt aus Afghanistan.¹⁸ Doch auch die porösen Grenzen zwischen China, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan¹⁹ sind für Drogenschmuggler leicht durchdringbar.²⁰ Im Westen Chinas grenzt die große Provinz Xinjiang an Kasachstan, Kirgisistan Tadschikistan, Afghanistan und Pakistan (siehe die Karte der Region in Abb. 1). Xinjiang ist Heimat der Uighuren, einer muslimischen Minderheit in China.²¹ Einige Gruppen unter den Uighuren behalten sich als Option gegen eine Assimilierung an die Han-Chinesen einen Zusammenschluss mit anderen, in Zentralasien operierenden Widerstandsgruppen offen und streben die Gründung eines eigenen Staates an.²² Vor allem die Gruppen *Eastern Turkistan Islamic Movement* (ETIM) und *Eastern Turkistan Liberalisation Organisation* (ETLO) operieren

17 Shu 2009.

18 Mohapatra 2007: 166 ff.; Swanström et al. 2007: 123.

19 Tadschikistan ist laut der *International Crisis Group* (ICG) auf dem besten Weg, ein gescheiterter Staat zu werden, und ist daher im Kampf gegen transnational organisierte Kriminalität machtlos (vgl. ICG 2009). So sind in Tadschikistan ca. 80 % der in Zentralasien gehandelten Drogen zu erfassen, was für China eine umso größere Herausforderung darstellt, da Tadschikistan das einzige Land Zentralasiens ist, das an Afghanistan und China grenzt (vgl. SRSP 2004: 1).

20 Swanström 2005: 5; Swanström/He 2006; UNODC 2007: 7.

21 Die Bevölkerung Xinjiangs bestand 2007 zu 45 % aus Uighuren und 41 % aus Han-Chinesen (vgl. Wacker 2009: 3). Vgl. auch Dillon zit. in Kerr/Swinton 2008: 122.

22 Uigurische Anführer befinden sich auch in Zentralasien im Exil und organisieren von dort ihren Widerstand gegen die chinesische Regierung. Zu den Separatistenbestrebungen vgl. Fletcher/Bajoria 2008; Kerr/Swinton 2008. Zu Beijings Assimilierungsstrategien vgl. Heberer 2008: 155 ff.

hauptsächlich in Xinjiang und unterhalten vermutlich auch Verbindungen zu Taliban und al-Qaeda.²³ Aus chinesischer Sicht besteht daher die Gefahr der Zunahme dieser Zusammenarbeit, die mit einer Stärkung der heimischen Separatistengruppen einherginge.²⁴

Nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang der ambivalente Einfluss der USA auf die Region zu erwähnen. Obgleich die SOZ-Staaten mit den USA einen gemeinsamen Feind in extremistischen „Gotteskriegen“ sehen, werden amerikanische Aktivitäten in der Region nicht nur positiv wahrgenommen. Aus geostrategischer Sicht haben die beiden regionalen Hegemone Russland und China wenig Interesse an einer längerfristigen Präsenz Amerikas in der Region. Außerdem ist allen sechs SOZ-Staaten die aggressive und als destabilisierend wahrgenommene amerikanische Strategie der Demokratieverbreitung ein Dorn im Auge.²⁵

Die hier aufgelisteten Probleme, ob untereinander oder mit Dritten, fügen sich zu einem regionalen Sicherheitskomplex zusammen,²⁶ womit der Bedarf aller Mitgliedsstaaten steigt, diesen Herausforderungen über regionale Kooperation (also im Rahmen der SOZ) zu begegnen.

4 China in der SOZ

Die chinesische Regierung bemüht sich in Zentralasien vermehrt um bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Durch verstärkten regionalen Handel und die Sicherung von Ressourcen soll das eigene Wachstum weiter gestärkt werden. Beijings Hauptinteresse in der Region liegt aber nach wie vor in der Stabilisierung Xinjiangs.²⁷ So ist die SOZ für China primär ein Instrument, um multilaterale Kooperation gegen „Separatismus, Extremismus, Terrorismus“²⁸ und gegen die Drogenkriminalität zu festigen.

Aus wirtschaftlicher Perspektive sind die Beziehungen zwischen China und Zentralasien, trotz der oben beschriebenen Spannungen, weitestgehend als komplementär zu bezeichnen. Die zentralasiatischen Länder benötigen Chinas arbeitsintensiven Konsumgüter (Kleidung, Haushaltsgeräte, Plastikwaren). Beijing hingegen möchte einige der westlichen Nachbarn als zusätzliche Energiequellen gewinnen. Obwohl zentralasiatisches Öl und Gas eher Nischenmärkte für China sind, werden die Kooperationen von chinesischer Seite intensiv vorangetrieben, um die eigene Ressourcenversorgung zukünftig zu diversifizieren.²⁹ Wichtig ist hier vor allem der Bau von Erdöl- und Gaspipelines, die Zentralasien unter anderem von Turkmenistan über Kasachstan und Usbekistan mit dem Nordwesten Chinas verbinden.³⁰ Andere infrastrukturelle Investitionen in Zentralasien sollen den chinesischen Zugang auf die dortigen Märkte sichern und für regionales Wachstum sorgen.³¹ Chinas Hauptanliegen in der chinesisch-zentralasiatischen Beziehungspflege liegt aber, wie oben erwähnt, in den Sorgen um die unterentwickelte Binnenprovinz Xinjiang. Mittelfristiges Ziel der chinesischen Regierung ist es daher, durch bessere infrastrukturelle Verknüpfungen und verbesserte Handelsbeziehungen den Wohlstand in der Region zu mehren und regimiekritische Strömungen in Xinjiang und deren Rückhalt in Zentralasien somit indirekt zu

23 Zu ETIM und ETLO vgl. GTD 2008. Für eine Übersicht aller in der Region operierenden Organisationen vgl. U. S. State Department 2007.

24 Ferdinand 2007: 851 ff.; Fravel 2005: 78 f.; Lanteigne 2006: 608 f. Dieser Bedarf nach Sicherheit geht primär von China aus. Die Gefahr von „Terroristen, Separatisten und Extremisten“ wird für die zentralasiatischen Staaten als viel geringer eingeschätzt (vgl. hierzu Kerr 2010: 133 f.; Peyrouse 2009: 7; Lambert 2003: 20).

25 Ambrosio 2008; Diamond 2008: 94 f.; Weitz 2006: 161; Rumer 2006: 149 f.; Hill/Jones 2006: 115 f., 121. Eine Ausnahme stellt hier der kleinste Mitgliedsstaat, Kirgisistan, dar, der hiervon derzeit wohl am wenigsten bedroht ist.

26 Ein Sicherheitskomplex wird bei Buzan/Wæver (2003: 4) wie folgt beschrieben: „since most threats travel more easily over short distances than over long ones, security interdependence is normally patterned into regionally based clusters: security complexes“.

27 Fravel 2005: 81.

28 SCO 2006a.

29 China bezieht 50 % der Erdöleinfuhren aus dem Mittleren Osten und 30 % aus Afrika, wobei Saudi-Arabien, Angola und der Iran die Hauptimportquellen sind (vgl. EIA 2009: 6).

30 Zum Beispiel wurde 2005 eine Erdöl-Pipeline vom chinesischen Alashantou nach Atasu in Kasachstan binnen eines Jahres fertig gestellt. Im Dezember 2009 wurde zudem eine Gas-Pipeline eröffnet, die sich von Turkmenistan über Kasachstan und Usbekistan nach Xinjiang erstreckt (vgl. Economist 2010).

31 SCO 2009a. Hierbei ist China allerdings bedacht, ein zu einseitiges Vorpreschen in die Region zu vermeiden, da dies zu einem Ungleichgewicht im chinesisch-russischen Verhältnis und somit zu einem möglichen Zerfall der SOZ führen könnte (vgl. Li 2007: 4; Flikke 2009: 5 f.).

schwächen.³² Diese Strategie geht einher mit direkter, sicherheitspolitischer Zusammenarbeit zwischen den SOZ-Staaten. Um „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ entgegenzuwirken, kooperieren die SOZ-Länder in Form von regelmäßig abgehaltenen Militärmanövern.³³ Ein Regionales Anti-Terror-Zentrum (RATZ) wurde in Tashkent eingerichtet, das als Plattform für den diplomatischen, geheim- und militärdienstlichen Austausch der Mitgliedsstaaten und zur Koordination gemeinsamer Maßnahmen dient. Dies zeigt, dass China gewillt ist, seine Probleme in Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu lösen.

China strebt eine multipolare und auf „Diversität“³⁴ beruhende Weltordnung an. Deswegen ist es durchaus in chinesischem Interesse, den amerikanischen Einfluss in der zentralasiatischen Region zurückgedrängt zu sehen.³⁵ Gleichzeitig profitiert China aber vom westlichen Engagement in Afghanistan, da durch den Sturz der Taliban der extremistische Nährboden in Chinas unmittelbarer Nachbarschaft geschwächt wurde. Mit dem Angriff auf Afghanistan hat die NATO China also in diesem Sinne einen indirekten Gefallen getan.³⁶ Auf dieser Interessenüberlappung könnte eine zukünftige Kooperation möglicherweise anknüpfen.

5 Gemeinsame Interessen und Kooperationsmöglichkeiten

Der regionale Sicherheitskomplex, der sich über den Großraum Zentralasien erstreckt und Problemfelder wie den Terrorismus und die Drogenverbreitung umfasst, kann Ausgangspunkt für bessere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der SOZ sein.

Für Deutschland geht es im Rahmen des Engagements in Afghanistan darum, humanitäre Verluste so gering wie möglich zu halten und den nachhaltigen Wiederaufbau eines friedlichen afghanischen Staates zu unterstützen, indem unter anderem terroristische Aktivitäten und der Drogenhandel bekämpft werden.³⁷ China und die zentralasiatischen Staaten haben ihrerseits großes Interesse daran, ihre porösen Grenzen zu sichern, um das Einsickern separatistischer und extremistischer Gruppierungen nach Zentralasien und Xinjiang zu verhindern und den Drogenhandel zu unterbinden. Das Antiterrororgan der SOZ (das in Abschnitt 4 erwähnte RATZ) sowie eine 2005 gegründete Kontaktgruppe SOZ-Afghanistan³⁸ bieten Anlaufstellen für Kooperation. Eine solche Kooperation könnte über bereits bestehende europäische Programme wie das *Border Management in Central Asia* (BOMCA)³⁹, oder das *Central Asia Drug Assistance Programme* (CADAP)⁴⁰ geknüpft werden.⁴¹ Aus benannter Interessenkonvergenz ließen sich zudem mittel- bis langfristig Kooperationsfelder zwischen der NATO und der SOZ entwickeln. Dabei kann Kooperation sich vor allem auf den nichtmilitärischen Bereich beziehen und beispielsweise Polizeiarbeit sowie den Aufbau der Infrastruktur beinhalten.

Diese hier aufgezeigten Interessenüberlappungen müssen allerdings auch nüchtern auf ihre Gefahren hin abgewogen werden. In der SOZ-Charta sucht man vergeblich nach dem Stichwort „Demokratie“, wohingegen die Wörter „Souveränität“ und „Nichteinmischung“ in dem Dokument unübersehbar zentral sind.⁴² Kooperation mit der SOZ sollte sich daher auf die Bekämpfung von Drogenschmuggel und Terrorismus beschränken. Da aber auch Begriffe wie „Extremismus, Terrorismus und Separatismus“ allzu leicht instrumentalisierbar sind, muss gründlich und eigenständig evaluiert werden, welche Gruppen aus welchen Gründen dessen bezichtigt werden. Es kann nicht im Interesse Deutschlands liegen, etwa China

32 OLGWRDSC 2002.

33 Bailes et al. 2007: 5; Cohen 2006: 1 ff.; Halbach 2008: 7 f.

34 Mit „Diversität“ wird auf die Verschiedenheit unterschiedlicher Kulturen hingewiesen und darauf, dass das westliche Modell der liberalen Demokratie nicht per se für jedes Land geeignet ist (vgl. Ambrosio 2008: 1322 f.).

35 Li 2007; Kotkin 2009: 132.

36 Scholvin 2009: 36; Lanteigne 2006: 608 f.; Dwivedi 2006: 147 zit. nach Kerr/Swinton 2008: 131.

37 BPA 2008.

38 SCO 2006b; 2009b.

39 Gavrilis 2009.

40 Ebd.: 3.

41 Heller (o.J.): 4 f.

42 Ambrosio 2008: 1327 f.; SCO 2001; SCO 2002. „Demokratie“ wird lediglich mit Bezug auf die Stimmverteilung zwischen den Ländern, also auf internationaler Ebene, erwähnt.

darin zu unterstützen, seine muslimische Minderheit und deren berechtigte Selbstbestimmungsanliegen zu unterdrücken.

Literatur

- Ambrosio, Thomas (2008): *Catching the 'Shanghai Spirit': How the Shanghai Cooperation Organization Promotes Authoritarian Norms in Central Asia*, in: *Europe-Asia Studies*, 60 (8): 1321–1344.
- Bailes, Alyson J.K. / Dunay, Pal / Guang, Pan / Troitskiy, Mikhail (2007): *The Shanghai Cooperation Organization*, SIPRI Policy Paper Nr. 17, Stockholm: SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute), http://books.sipri.org/product_info?c_product_id=338 (15.11.2009).
- Bundespresseamt (BPA) (2008): *Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung*, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/___Anlagen/2008/09/2008-09-23-broschuereafghanistan-konzept,property=publicationFile.pdf (20.2.2010).
- Buzan, Barry / Wæver, Ole (2003): *Regions and Power: The Structure of International Security*, Cambridge.
- Chung, Chien-Peng (2006): *China and the Institutionalization of the Shanghai Cooperation Organization*, in: *Problems of Post-Communism*, 53 (5): 3–14.
- Cohen, Ariel (2006): *After the G-8 Summit: China and the Shanghai Cooperation Organization*, in: *China and Eurasia Forum Quarterly*, 4 (3): 51–64.
- Diamond, Larry (2008): *The Spirit of Democracy: The Struggle to Build Free Societies throughout the World*, New York.
- Economist (2010): *China in Central Asia: Riches in the Near Abroad*, in: *Economist*, 30.1.2010: 48–51.
- Energy and Information Administration, U.S. (EIA) (2009): *Country Analysis Briefs. China*, <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/China/pdf.pdf> (9.3.2010).
- Ferdinand, Peter (2007): *Sunset, Sunrise: China and Russia Construct a New Relationship*, in: *International Affairs* 83 (5): 841–867.
- Fletcher, Holly / Bajoria, Jazshree (2008): *The East Turkestan Islamic Movement (ETIM)*, Council on Foreign Relations, <http://www.cfr.org/publication/9179/> (10.2.2010).
- Flikke, Geir (2009): *Balancing Acts: Russian–Chinese Relations and Developments in the SCO and CSTO*. Norwegian Institute of International Affairs, <http://english.nupi.no/Publications/Books-and-reports/2009/Balancing-Acts> (10.3.2010).
- Fravel, Taylor M. (2005): *Regime Insecurity and International Cooperation. Explaining China's Compromises in Territorial Disputes*, in: *International Security*, Vol. 30, Nr. 2: 46–83.
- Gavrilis, George (2009): *Beyond the Boarder Management Programme for Central Asia (BOMCA)*, EUCAM (EU-Central Asia Monitoring) Policy Brief Nr. 11.
- Global Terrorism Database (GTD) (2008): Maryland University, <http://www.start.umd.edu/start/data/> (22.2.2010).
- Halbach, Uwe (2008): *Zentralasien im Kampf gegen den militanten Islamismus*, SWP-Aktuell 20, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4804 (10.2.2010).
- Heberer, Thomas (2008): *Das politische System der VR China im Prozess des Wandels*, in: Heberer, Thomas / Derichs, Claudia (Hrsg.): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*, 2. aktualisierte Auflage, Wiesbaden.
- Heller, Regina (o.J.): *Grenzüberschreitende Kooperation als Chance? Zur Konsistenz der EU-Zentralasienpolitik im Lichte von Konfliktprävention und dem diesbezüglichen Potenzial grenzüberschreitender Kooperation*, Kurzpapier, BICC, http://www.bicc.de/index.php/other/kurzpapier_zentralasien/kurzpapier_zentralasien.pdf (5.2.2010).

- Hill, Fiona / Jones, Kevin (2006): Fear of Democracy or Revolution: The Reaction to Andijon, in: *Washington Quarterly*, 29 (3): 111–125.
- International Crisis Group (ICG) (2009): Tajikistan: On the Road to Failure. Asia Report 162, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5907&l=1> (9.3.2010).
- Kerr, David / Swinton, Laura C. (2008): China, Xinjiang, and the Transnational Security of Central Asia, in: *Critical Asia Studies*, 40 (1): 113–142.
- Kerr, David (2010): Central Asian and Russian Perspectives on China's Strategic Emergence, in: *International Affairs*, 86 (1): 127–152.
- Kotkin, Stephen (2009): Unbalanced Triangle: What Chinese-Russian Relations Mean for the United States, in: *Foreign Affairs*, 88 (5): 130–138.
- Lambert, Caroline (2003): A Survey of Central Asia, in: *Economist*, 26.6.2003: 8–22.
- Lanteigne, Marc (2006): In Medias Res: The Development of the Shanghai Co-operation Organization as a Security Community, in: *Pacific Affairs*, 79 (4): 605–622.
- Li, Chenghong (2007): Limited Defensive Strategic Partnership: Sino-Russian Rapprochement and the Friving Forces, in: *Journal of Contemporary China*, 16 (52): 477–497.
- Lo, Bobo (2008): *Axis of Convenience. Moscow, Beijing and the New Geopolitics*, London, Washington D.C.
- Lukin, Alexander (2007): The Shanghai Cooperation Organization: What Next? in: *Russia in Global Affairs*, 5 (3): 140–156.
- Maksutov, Ruslan (2006): The Shanghai Cooperation Organization: A Central Asian Perspective, A SIPRI Project Paper, http://www.sipri.org/research/security/euroatlantic/sipri_prod_material/project_papers/ruslan_SCO (5.3.2010).
- Mohapatra, Nalin Kumar (2007): Political and Security Challenges in Central Asia: The Drug Trafficking Dimension, in: *International Studies*, 44 (2): 157–174.
- Office of the Leading Group for Western Region Development of the State Council (OLGWRDSC) (2002): Overall Plan of Western Region Development During the Tenth Five-Year Plan Period, <http://www.westchina.gov.cn/english/asp/start.asp?id=b> (10.3.2010).
- Peyrouse, Sébastien (2009): Central Asia's Growing Partnership with China. EU-Central Asia Monitoring Working Paper 4, http://www.eucentralasia.eu/fileadmin/user_upload/PDF/Working_Papers/WP4-EN.pdf (15.2.2010).
- Rumer, Eugene (2006): The U.S. Interests and Role in Central Asia after K2, in: *Washington Quarterly*, 29 (3): 141–154.
- Scholvin, Sören (2009): Bauboom für Moscheen. Die Re-Islamisierung in Zentralasien ist nicht mit Islamismus gleichzusetzen, in: *iz3w*, 314: 34–36.
- Shanghai Cooperation Organization (SCO) (2001): Declaration on Establishment of Shanghai Cooperation Organization, <http://missions.itu.int/~kazaks/eng/sco/sco02.htm> (10.3.2010).
- (2002): Charter of the Shanghai Cooperation Organization, <http://www.sectsco.org/EN/show.asp?id=69> (10.3.2010).
- (2006a): Shanghai Convention on Combating Terrorism, Separatism and Extremism, http://english.scosummit2006.org/en_bjzl/2006-04/20/content_87.htm (28.10.2009).
- (2006b): Protocol on establishment of SCO-Afghanistan contact group between SCO and Islamic Republic of Afghanistan, http://english.scosummit2006.org/en_bjzl/2006-04/21/content_150.htm (14.12.2009).
- (2009a): New rail line between Uzbekistan, Afghanistan to serve strategic purpose, <http://www.sectsco.org/EN/show.asp?id=153> (15.2.2010).

- (2009b): Protocol on Establishment of the SCO-Afghanistan Contact Group between the Shanghai Cooperation Organisation and the Islamic Republic of Afghanistan, <http://www.sectsco.org/EN/show.asp?id=70> (15.2.2010).
- Sehring, Jenniver (2009): Weiße Elefanten sterben nicht aus. Die ökologische Frage in Zentralasien bleibt nicht ungelöst, in: *iz3w*, 314: 21–23.
- Silk Road Studies Program (SRSP) (2004): Country Factsheets, Eurasian Narcotics: Tajikistan 2004, http://www.silkroadstudies.org/new/inside/research/narcotics_crime/FactSheet/2004/Tajikistan.pdf (9.3.2010).
- Swanström, Niklas (2005): Multilateralism and Narcotics Control in Central Asia, in: *China-Eurasia Forum*, February: 5–11.
- Swanström, Niklas / He, Yin (2006): China's War on Narcotics: Two Perspectives, *Silk Road Paper* December, Washington, D.C., Uppsala.
- Swanström, Niklas / Norling, Nicklas / Zhang, Li (2007): China, in: Starr, Frederick S. (Hrsg.): *The New Silk Roads Transport and Trade in Greater Central Asia. Central Asia-Caucasus*, <http://www.silkroadstudies.org/new/inside/publications/GCA.html> (2.3.2010).
- United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) (Hrsg.) (2007): *Afghanistan Opium Survey 2007*, Kabul.
- U.S. State Department (2007): *Country Reports: South and Central Asia Overview. Country Reports on Terrorism*, <http://www.state.gov/s/ct/rls/crt/2006/82734.htm> (22.2.2010).
- Wacker, Gudrun (2009): Unruhen in China. Ethnische Konflikte und ihr sozialer Kontext, *SWP-Aktuell* 39, Juli.
- Weitz, Richard (2006): Averting a New Great Game in Central Asia, in: *Washington Quarterly*, 29 (3): 155–167.
- Yang, Shu (2009): Reassessing the SCO's Internal Difficulties: A Chinese Point of View, in: *China and Eurasia Forum Quarterly*, 7 (3): 17–23.
- Zhao, Mingwen (2009): The Sustained and Steady Development of the Shanghai Cooperation Organization, in: *China International Studies*, 16: 106–125.

Abkürzungsverzeichnis

APP	Asian-Pacific Partnership on Clean Development and Climate
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BOMCA	Border Management in Central Asia
BPA	Bundespresseamt
CADAP	Central Asia Drug Assistance Programme
CCTV	China Central Television
CDM	Clean Development Mechanism
CNNIC	China Internet Network Information Center
COP	Conference of the Parties
EIA	Energy and Information Administration, U. S. A.
EPA	Europäisches Patentamt
ETIM	Eastern Turkistan Islamic Movement
ETLO	Eastern Turkistan Liberalisation Organisation
GAPP	General Administration of Press and Publication
GTD	Global Terrorism Database
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
ICG	International Crisis Group
IFC	International Finance Corporation
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IPR	Intellectual Property Rights
ISAF	International Security Assistance Force
IWF	Internationaler Währungsfonds
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
Mrd.	Milliarde(n)
NAMA	Nationally Appropriate Mitigation Actions
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-government Organizations
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OLGWRDSC	Office of the Leading Group for Western Region Development of the State Council
RATZ	Regionales Anti-Terror-Zentrum
R2P	Responsibility to Protect
SAIC	State Administration for Industry and Commerce
SCO	Shanghai Cooperation Organization
SIPO	State Intellectual Property Office
SOIPP	State Office of Intellectual Property Protection
SOZ	Shanghai Organisation für Zusammenarbeit
SRSP	Silk Road Studies Program
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
UNDPKO	United Nations Department for Peacekeeping Operations
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
VBA	Volksbefreiungsarmee
VR	Volksrepublik
WTO	World Trade Organization

DUISBURGER ARBEITSPAPIERE OSTASIENWISSENSCHAFTEN
 DUISBURG WORKING PAPERS ON EAST ASIAN STUDIES

Seit Juli 1995 publiziert das Institut für Ostasienwissenschaften eine eigene Reihe von Arbeitspapieren. Sie werden in begrenzter Zahl kostenlos abgegeben und sind zudem über Internet abrufbar.

Since July, 1995, the Institute of East Asian Studies publishes its own series of working papers which are available free of charge and can be called up on the Internet.

Bestelladresse / *procurement address*:

Institut für Ostasienwissenschaften
 Universität Duisburg-Essen
 Campus Duisburg, Forsthausweg
 47057 Duisburg

E-Mail: in-east@uni-due.de

Internet download: <http://www.in-east.de/> → Publications → Green Series

- No. 59 / 2004 Christian Göbel, Anja-D. Senz (eds.):
 Come by the Wind. Li Fan's Story in Bunyun Election
- No. 60 / 2004 Thomas Heberer, Anja-D. Senz (Hg.):
 Feldforschung in Asien. Erlebnisse und Ergebnisse aus der Sicht politikwissenschaftlicher Ostasienforschung
- No. 61 / 2004 Thomas Heberer, Nora Sausmikat:
 Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus?
- No. 62 / 2004 Jun Imai:
 The Rise of Temporary Employment in Japan: Legalisation and Expansion of a Non-Regular Employment Form
- No. 63 / 2005 Thorsten Nilges:
 Zunehmende Verschuldung durch Mikrokredite: Auswertung eines Experiments in Südindien
- No. 64 / 2005 Thomas Heberer, Christian Göbel (Hg.):
 Task Force: Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in China
- No. 65 / 2006 Werner Pascha und Cornelia Storz (Hg.):
 Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft V – Themenschwerpunkt: Deutschlandjahr in Japan – Eine Zwischenbilanz
- No. 66 / 2006 Momoyo Hüstebeck:
 Park Geun-hye: Als Präsidententochter zur ersten Staatspräsidentin Südkoreas?
- No. 67 / 2006 Momoyo Hüstebeck:
 Tanaka Makiko: Scharfzüngige Populistin oder populäre Reformerin?
- No. 68 / 2006 Thomas Heberer:
 Institutional Change and Legitimacy via Urban Elections? People's Awareness of Elections and Participation in Urban Neighbourhoods (Shequ)

-
- No. 69 / 2006 Christian Göbel:
The Peasant's Rescue from the Cadre? An Institutional Analysis of China's Rural Tax and Fee Reform
- No. 70 / 2006 Werner Pascha, Cornelia Storz (Hg.):
Workshop Institutionen in der Entwicklung Ostasiens I – Offenheit und Geschlossenheit asiatischer Wirtschaftssysteme
- No. 71 / 2006 Norifumi Kawai:
Spatial Determinants of Japanese Manufacturing Firms in the Czech Republic
- No. 72 / 2007 Werner Pascha, Cornelia Storz, Markus Taube (eds.):
Workshop Series on the Role of Institutions in East Asian Development – Institutional Foundations of Innovation and Competitiveness in East Asia
- No. 73 / 2007 Norifumi Kawai, Manja Jonas:
Ownership Strategies in Post-Financial Crisis South-East Asia: The Case of Japanese Firms
- No. 74 / 2008 Markus Taube:
Ökonomische Entwicklung in der VR China – Nachholendes Wachstum
- No. 75 / 2008 Thomas Heberer:
Task Force: Entwicklungspolitik in China: Herausforderungen, Lösungsstrategien und deutsch-chinesische Entwicklungszusammenarbeit
- No. 76 / 2008 YU Keping:
China's Governance Reform from 1978 to 2008
- No. 77 / 2008 Werner Pascha, Uwe Holtschneider (Hg.):
Task Force: Corporate Social Responsibility in Japan und Österreich
- No. 78 / 2008 Werner Pascha, Cornelia Storz:
How are Markets Created? The Case of Japan's Silver Market
- No. 79 / 2009 Thomas Heberer, Anja-D. Senz (Hg.):
Task Force: Entwicklungspolitik und -strategien in Ostasien am Beispiel der chinesischen Umweltpolitik
- No. 80 / 2009 Chan-Mi Strüber:
Germany's Role in the Foreign Direct Investment Configuration of Korean Multinational Enterprises in Europe
- No. 81 / 2009 Flemming Christiansen, Heather Xiaoquan Zhang:
The Political Economy of Rural Development in China: Reflections on Current Rural Policy
- No. 82 / 2010 Thomas Heberer, Anja-D. Senz (Hg.):
Chinas Rolle in den internationalen Beziehungen – globale Herausforderungen und die chinesische Außenpolitik

